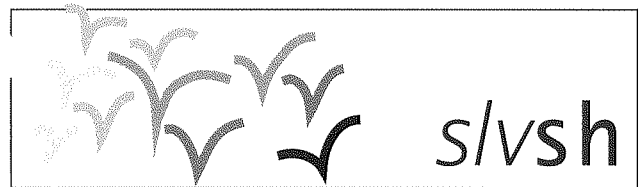


45

April 2003



information

- Verlässliche
Halbtags-Grundschule (VHGS)
- Fortbildung
- Vorankündigung
s/vsh-Kongress 2003
- Statistik – online?!

Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.

*Die Interessenvertretung für
Schulleiterinnen und Schulleiter,
Stellvertreterinnen und Stellvertreter*

Letzte Meldung

Mitgliederversammlung beschließt Beitragserhöhung

Die Mitglieder haben auf der Mitgliederversammlung am 14. 4. 2003 beschlossen, den Jahresbeitrag auf 84 € zu erhöhen, um dem Vorstand des s/vsh die weitere erfolgreiche Arbeit zum Nutzen der Kolleginnen und Kollegen zu ermöglichen. Der Beitrag wird in den nächsten Tagen abgebucht.

Inhalt

	Seite
Vorwort - M. Doppke	4
Verlässliche Halbtagsgrundschule - K.- I. Marquardt / M. Böddener	5
Als Gott die Grundschullehrerin erschuf ...	11
Schulpolitik als Hochstapelei - J. Kraus	12
Pressespiegel	18
Der Arbeitskreis Stellvertreter informiert - K.- I. Marquardt	24
Abschlussprüfungen an Hauptschulen? - R. Doil	25
Vorankündigung s/vsh-Kongress 2003	28
Der Arbeitskreis Stellvertreter lädt ein - K.- I. Marquardt	29
Verbandsinterne Fortbildung	30
Anhörungen - O. Peters	35
Informationen aus der Geschäftsstelle - K.- I. Marquardt	41
Statistik – online?! - U. Niekiet	42
Qualitätsverhinderung durch Verregelung (Teil 1) - Fr. Mahlmann	49
Die Aufgabenverteilung im s/vsh	50
Der s/vsh im Internet	51
Werbung des s/vsh mit Beitrittsformular	52
Adressen - Vorstand des s/vsh	53
Die letzte ...? - Das Letzte ! - W. Rossow	54

Wir möchten alle Kolleginnen und Kollegen bitten, bei

- Namens-, Schul- oder Privat**adressenänderungen**,
- **Eintritt in den Ruhestand** oder
- **Kontoänderungen**

auch an den s/vsh zu denken, und diese entweder der

- **AWU** (Kleine Bahnstr. 6, 22525 Hamburg) oder
- unserer **Geschäftsstelle**

umgehend mitzuteilen. So gewährleisten Sie sich den Erhalt der neuesten Informationen und ersparen uns unnötige Kosten und Arbeit !!!

Vorwort

- Michael Doppke -

Liebe Kolleginnen und Kollegen
die letzten Monate waren für mich von zwei Themen geprägt. Zunächst war es die geplante Einführung der Verlässlichen Grundschule (VG). Unzählige Berechnungen, Telefonate, Gespräche, Diskussionen, Arbeitssitzungen blockierten weitgehend alle anderen privaten Tätigkeiten. Zum ersten Mal kam es im Verlauf der Anhörung mit der „Schulrätevereinigung“ zu einem abgestimmten Vorgehen, das auch ein gemeinsames Gespräch mit der Ministerin zur Folge hatte. Wenn man sich den (vor Ablauf der Anhörung!) überarbeiteten Erlassentwurf zur VG und die veränderte Richtlinie zur Förderung von Betreuungsangeboten an Verlässlichen Schulen ansieht, hat sich der Einsatz gelohnt. Auch wenn es nach wie vor viele Fragezeichen gibt und immer noch viele Detailprobleme vor Ort zu lösen sind, so besteht jetzt doch eine erhöhte Chance, dass die Schulen gemeinsam mit den Schulträgern, bestehenden Betreuungseinrichtungen sowie benachbarten Horten praxisgerechte und pädagogisch sinnvolle Lösungen erarbeiten und umsetzen können. Mir ist klar, dass die tatsächlichen Planstellenzuweisungen an vielen Standorten

dazu führen, dass die mögliche Unterschreitung des vorgesehenen Zeitrahmens um bis zu zehn Prozent vielerorts ausgeschöpft werden muss und zusätzlich bestehende bewährte Strukturen überprüft und unter Umständen auch sinnvolle bewährte Maßnahmen wegfallen müssen. Es wird eine eindeutige Schwerpunktverlagerung beim Einsatz der Personalressourcen hin zu mehr Unterricht im Klassenverband und zur Sicherstellung des Unterrichtsangebotes durch örtliche Vertretungskonzepte geben.

Besonders schwer werden es zwei- bis dreizügige Schulen mit einer durchschnittlichen Klassenfrequenz um zwanzig Schülerinnen und Schüler haben. Zusammenlegungen sind hier in sinnvollen Lerngruppengrößen nur bedingt möglich. Ich hoffe, dass in solchen Fällen die Schulen die Möglichkeit bekommen u. U. einen besonderen Weg zu gehen und dass im Herbst kritisch überprüft wird, wie dicht die Schulen unter den real existierenden Bedingungen ohne Qualitätseinbuße an die Zielvorstellungen der VG herankommen. Und ich hoffe, dass die nach Kabinettsbeschluss zusätzlich für dieses Jahr bereitgestellten Mittel für Vertretung (1,9 Millionen Euro) sich entlas-

tend auswirken werden. Am 23. Mai werden wir mit dem neuen Staatssekretär „Bildung“ Herrn Meyer-Hesemann, auf dessen Wunsch zu diesem Themenbereich ein Gespräch haben.. Mich berührt dies alles diesmal auch ganz persönlich. Mitte Februar hat sich entschieden, dass ich zum ersten September Schulrat im Schulamt des Kreises Pinneberg werde. Seit dem ersten März bin ich ins Ministerium abgeordnet und übernehme dort Aufgaben aus dem Arbeitsbereich von MRn Zähle, die langfristig dienstunfähig ist, u. a. die Umsetzung der VG. Damit ist mein zweites Thema klar, denn Veränderungen in vielfältiger Weise standen und stehen an: Ausstieg aus Unterricht nach dreißig Jahren, keine

Schulleitungstätigkeit mehr nach zwanzig Jahren, weg aus der Grundschule Kaltenweide nach fünfzehn schönen Jahren und Ende des Vorsitzes im s/vsh nach (fast) zwölf interessanten und lehrreichen Jahren. Aus Termingründen, aber auch aus grundsätzlichen Erwägungen bleibe ich bis zum 1. September im Amt, danach übernimmt Walter Rossow bis zur Wahl eines / einer neuen Vorsitzenden die Führung des Verbandes. Meine Aufgaben gehen ab sofort fließend auf alle drei Stellvertreter über. Ich habe diesen Schritt wohl überlegt und sehr bewusst gemacht und weiß, was ich aufgebe und was ich vermissen werde.

Ihr

Michael Dopcke

Verlässliche Halbtagsgrundschule

Vorschläge des Schulleiterverbandes wurden umgesetzt

- Klaus-Ingo Marquardt -

Nach der Vorstellung des ersten Erlassentwurfes zur VHGS hagelte es Proteste von allen Seiten. Der s/vsh organisierte Informationsveranstaltungen für die betroffenen Schulen und entwickelte Alternativmodelle. Die Ministerin kündigte daraufhin an, dass neben Vertretern der Kommunen und der Schulräte, **der Schulleiterverband** an der Umsetzung des neuen Konzepts beteiligt werden sollte.

Zu diesem Zweck wurde für den 21. Februar 2003 zu einem Gespräch nach Pinneberg geladen. Die stellvertretende Vorsitzende Maren Böddener, Geschäftsführer

Klaus-Ingo Marquardt und die Kollegin Elke Tappe aus Pinneberg vertraten dabei unseren Verband. Frau Dr. Köster-Bunselmeyer erläuterte das modifizierte Konzept, das sich wie folgt darstellt:

- ◆ Die VHGS umfasst für die **tägliche Schulzeit** einen festen zeitlichen Rahmen von
 - 4 Zeitstunden für die Klassenstufen 1 und 2 = 20 Stunden pro Woche
 - 5 Zeitstunden für die Klassenstufen 3 und 4 = 25 Stunden pro Woche
- ◆ In dieser Zeit sind auf die Woche bezogen **Unterricht** zu erteilen
 - 15 Zeitstunden für die Klassenstufen 1 und 2
 - 18 Zeitstunden für die Klassenstufen 3 und 4Ergänzungszeiten **können** enthalten sein und werden zu 50% auf die Unterrichtsverpflichtung angerechnet.
- ◆ Dieser Zeitrahmen ist grundsätzlich einzuhalten, Ausnahmen sind möglich, bedürfen aber der Genehmigung.

In den ersten zwei Jahren nach Einführung an der jeweiligen Schule dürfen diese Vorgaben um 10% unterschritten werden.
- ◆ Die **Schulkonferenz** entscheidet über die Ausgestaltung des Konzepts der jeweiligen Schule.
- ◆ Die **Anwesenheitszeiten der Lehrkräfte** werden von der Unterrichtsorganisation bestimmt.

Die **starren Anfangs- und Schlusszeiten** werden aufgegeben, die Reduzierung um 10% in den ersten zwei Jahren bietet Möglichkeiten der Erprobung und schrittweisen Erweiterung. Die auf unlösbare Probleme hinauslaufende Einführung der **Ergänzungszeit kann** genutzt werden, muss aber nicht. Das letzte Wort hat die Schulkonferenz.

Diese Vorgaben sind einerseits ausreichend flexibel, um ohne umfangreiche Umorganisation an großen Schulen umgesetzt werden zu können, **andererseits stellt sich dann die Frage, ob auf den Erlass nicht völlig verzichtet werden könnte.** Die im Vordergrund dieses Erlasses stehende Problematik der verlässlichen Betreuung der Schüler ist bei den meisten Schulen bereits optimal durch individuelle Betreuungsmodelle (siehe z. B. Lübeck) gelöst worden. Die Vertreter der Kommunen haben zugesagt, sich auf diesem Gebiet weiter zu engagieren. Die Aufgabe der Schule ist es, eine **ausreichende Menge an Unterricht** zu erteilen und **nicht** für die **Betreuung** zu sorgen. Dafür fehlt uns die personelle Ausstattung. Selbstverständlich

arbeiten wir mit den Trägern der Betreuungseinrichtungen eng zusammen, um an unserem Schulort ein optimales Angebot bieten zu können.

Besonders die **kleinen Schulen** werden die Vorgaben ohne zusätzliche personelle Ausstattung nicht erfüllen können, ohne dass die Qualität des Unterrichts darunter leidet. Sie wären gezwungen, Klassen zusammenzulegen und Arbeitsgemeinschaften aufzugeben. In diesem Bereich ist der Protest der Eltern gegen den Erlass am größten.

Um ein Beispiel für die Umsetzung zu geben, stelle ich eine Lösungsmöglichkeit vor, wie sie an meiner Schule auf der Grundlage des bestehenden Stundenplans aussehen könnte. Wir sind eine Grundschule mit etwas mehr als 300 Schülern in 14 Klassen. Durch den Schulbusverkehr, in den fünf Schulen eingebunden sind, können die Anfangs- und Schlusszeiten nicht verändert werden.

Klasse 1a

Tag	Zeiten	tägl. Schulzeit in Zeitstunden	tägl. Unterrichtszeit in Zeitstunden
Montag 4 U-Std.	9:10 Uhr – 13:00 Uhr	3 Std. 50 Min.	3 Std.
Dienstag 4 U-Std.	8:20 Uhr – 12:15 Uhr	3 Std. 55 Min.	3 Std.
Mittwoch 3 U-Std.	9:10 Uhr – 12:15 Uhr	3 Std. 05 Min.	2 Std. 15 Min..
Donnerstag 4 U-Std.	8:20 Uhr – 12:15 Uhr	3 Std. 55 Min.	3 Std.
Freitag 3 U-Std.	8:20 Uhr – 11:25 Uhr	3 Std. 05 Min.	2 Std. 15 Min.
gesamt: 18 U-Std.	erteilt:	17 Std. 50 Min.	13 Std. 30 Min
	gefordert	20 Stunden	15 Stunden
	Übergangszeit – 10 %	18 Stunden	13 Std. 30 Min.

Bis auf 10 Minuten tägliche Schulzeit können die Forderungen in der Übergangsphase erfüllt werden. Ohne Zuweisung weiterer Lehrerstunden sind die angestrebten 100% nicht zu erreichen.

Für Klassenstufe 2 ergibt sich eine bessere Situation, da diese Klassenstufe eine Stunde mehr Unterricht erhält.

Klasse 3a

Tag		Zeiten	tägl. Schulzeit in Zeitstunden	tägl. Unterrichtszeit in Zeitstunden
Montag	4 U-Std.	8:20 Uhr – 12:15 Uhr	3 Std. 55 Min.	3 Std.
Dienstag	5 U-Std.	7:20 Uhr – 12:15 Uhr	4 Std. 55 Min.	3 Std. 45 Min.
Mittwoch	4 U-Std.	7:20 Uhr – 11:25 Uhr	4 Std. 05 Min.	3 Std.
Donnerstag	4 U-Std.	7:20 Uhr – 11:25 Uhr	4 Std. 05 Min.	3 Std.
Freitag	5 U-Std.	8:20 Uhr – 13:00 Uhr	4 Std. 40 Min.	3 Std. 45 Min.
gesamt:	22 U-Std.	erteilt:	21 Std. 40 Min.	16 Std. 30 Min.
		gefordert:	25 Stunden	18 Stunden
		Übergangszeit – 10 %	22 Std. 30 Min	16 Std. 30 Min.

Bei der täglichen **Schulzeit** fehlen uns im 3. und 4. Schuljahr jeweils 50 Minuten, um die geforderten 90% zu erreichen. Dieses Fehl muss durch erhöhte Zuweisung an Lehrerstellen ausgeglichen werden.

Tipp: Die Schulzeit beginnt mit der Pause **vor** der 1. Unterrichtsstunde!

Die Beispiele zeigen, dass die Anforderungen nur **in der Übergangsphase** von zwei Jahren im 1. und 2. Schuljahr ohne Veränderung des Stundenplans und der Pausenzeiten erfüllt werden können. Arbeitsgemeinschaften und Förderstunden werden weiterhin angeboten. In Klassenstufe 3 und 4 sieht es ähnlich aus.

Es ist offensichtlich, dass ohne Aufstockung der Planstellen die 100%-Lösung nicht erreichbar ist. Dies wurde von den Vertretern des s/vsh bei der Besprechung in Pinneberg ganz deutlich herausgestellt. Eine Ausweitung der Pausen zu Aktiv-Pausen erfordert Ergänzungszeit, die dann aber wieder bei der Unterrichtszeit fehlt.

Nicht berücksichtigt wurde der Ausfall von Lehrkräften bei Krankheit. Wir sollen aber davon ausgehen, dass bei der Einführung der VHGS zusätzliche personelle Ressourcen zur Verfügung gestellt werden, wie dies für die Kreise, die im Schuljahr 2003/2004 mit der Umsetzung des Erlasses beginnen, bereits zugesichert wurde. Dort werden 75 zusätzliche Planstellen bereit gestellt. 50 dieser Planstellen werden

zur Sicherstellung der Grundversorgung eingesetzt, die weiteren 25 Stellen werden von den Schulämtern den Schulen nach Dringlichkeit zugewiesen.

Empfehlung: Vergessen Sie den alten Erlassentwurf. Nehmen Sie den neuen und vergleichen Sie ihn mit Ihrem Stundenplan. Sie werden wahrscheinlich feststellen: Die 90% Lösung ist möglich und danach sehen wir weiter!

... und eine weitere Meinung:

Verlässliche Halbtagsgrundschule

- Maren Böddener -

Der modifizierte Erlassenwurf zur Umsetzung der Verlässlichen Halbtagsgrundschule lässt wohl mehr Freiraum in der Gestaltungsmöglichkeit des Vormittags. Man könnte sagen, es handelt sich nun nur noch um die Umsetzung eines verlässlichen Stundenplans.

Aber ist das „verlässliche Halbtagsgrundschule“?

Unter „verlässlicher Halbtagsgrundschule“ verstehe ich einen Unterrichtsvormittag, der für alle Schüler und Schülerinnen zur gleichen Zeit beginnt und auch zur gleichen Zeit endet, so wie es in anderen Bundesländern der Fall ist. Wir müssen nur einen Blick über unsere Landesgrenzen nach Hamburg oder Niedersachsen werfen. Auch wenn dort noch nicht alles optimal läuft, so sind Organisation und Ausstattung der „Verlässlichen Halbtagsgrundschule“ weitaus besser als bei uns.

Wenn ich bedenke, dass die Einführung der VHGS in Schleswig-Holstein einerseits begründet wurde mit dem Hinweis, berufstätigen Eltern entgegenzukommen und andererseits die VHGS als Antwort auf die schlechten PISA-Ergebnisse darzustellen, dann kommen mir doch einige Zweifel.

Als berufstätige Mutter könnte ich in dieser kurzen Unterrichtszeit gar keinem Beruf nachgehen, ohne eine zusätzliche Betreuungsmöglichkeit für mein Kind, geschweige denn nach dieser neuen Flexibilisierung der Unterrichtszeiten. Ich möchte gern den Arbeitgeber kennenlernen, der sich darauf einlässt, dass ich am Montag erst um 10.00 Uhr zur Arbeit komme, am Dienstag bereits um 8.00 Uhr, am Mittwoch dann um 9.00 Uhr usw. . . .

Und dann die Antwort auf PISA! Die wenigen Stunden, die wir bekommen, um unseren Stundenplan verlässlich zu machen, lassen gar keine zusätzlichen Fördermöglichkeiten mehr zu. Im Gegenteil, ich muss sogar größere Klassen bilden,

um mit den wenigen Stunden auszukommen. Nun ja, es heißt von Seiten des Ministeriums, dass die PISA-Ergebnisse nicht abhängig von der Klassenfrequenz sind. Aber meine tägliche Arbeit in unserer Schule zeigt mir immer wieder, dass die Kinder in großen Klassenverbänden oft zu kurz kommen.

Und was wird aus der Eingangsphase? Hier sind parallele Fördermöglichkeiten unumgänglich. Nur durch Binnendifferenzierung wird man nicht allen Kindern gerecht. Auch der Vorschlag, größere und zum Teil auch jahrgangsübergreifende Lerngruppen zu bilden, ist nicht unbedingt die Lösung, wenngleich neue pädagogische Konzepte wohl zu überlegen sind. Aber nicht von heut' auf morgen. Damit haben wir uns in unseren Schulprogrammen befasst.

Nun ja, umsetzen müssen wir die ministeriellen Vorgaben. Und einen verlässlichen Stundenplan, so wie Herr Marquardt ihn vorstellt, können viele Schulen nicht machen, da sie Hand in Hand mit den Betreuungseinrichtungen an ihren Schulen arbeiten müssen. So haben wir in Wedel z. B. mit dem Träger unserer Betreuungseinrichtung frühzeitig die Bedarfe der Eltern erfragt und neue Betreuungszeiten für die Wedeler Grundschulen auf den Weg gebracht. Dadurch sind wir in der Organisation unserer Unterrichtszeiten nicht mehr so flexibel.

Wir haben uns folgende Vormittagsstruktur überlegt:

Klasse 1 und 2		Klasse 3 und 4	
		7.45 Uhr – 8.15 Uhr z. B. Fördern	
8.00 Uhr – 8.15 Uhr	Offener Anfang		Offener Anfang
8.15 Uhr – 9.00 Uhr	1. Stunde		1. Stunde
9.00 Uhr – 9.10 Uhr	Pause		Pause
9.10 Uhr – 9.55 Uhr	2. Stunde		2. Stunde
9.55 Uhr – 10.40 Uhr	3. Stunde		3. Stunde
10.40 Uhr – 11.00 Uhr	Pause		Pause
11.00 Uhr – 11.45 Uhr	4. Stunde		4. Stunde
11.45 Uhr – 12.00 Uhr	Offenes Ende		Pause
12.00 Uhr – 12.45 Uhr			5. Stunde
12.45 Uhr – 13.00 Uhr			Offenes Ende

In der Zeit von 7.45 Uhr bis 8.15 Uhr können die Lehrkräfte mit voller Stundenzahl eingesetzt werden. Es muss nicht nur gefördert werden. Wir werden sicher auch einen Teil unseres Sportunterrichtes in diese Zeit legen. Natürlich können die Unterrichtsblöcke auch anders verteilt werden und die Pausenzeiten verändert werden.

Sollten wir die Unterrichtszeit um 10 Prozent kürzen müssen und wahrscheinlich wird es so kommen, werden wir alle Unterrichtsstunden um 10 Prozent kürzen. Dadurch verlängern sich dann die Pausen.

Da wir zurzeit bestehende Klassen nicht zusammenlegen wollen, werden wir uns überlegen müssen, was wir im Vertretungsfall machen. Ich bin gespannt auf die Ideen des Kollegiums und der Eltern an unserem SCHILF-Tag im Mai.

Und ich bin gespannt, ob ich den Stundenplan überhaupt so „hinkriege“, dass meine Kolleginnen fachlich einigermaßen sinnvoll eingesetzt werden können.

Trotz alledem brauchen wir mehr Lehrerstunden, um Verlässlichkeit sinnvoll und qualitativ gut umsetzen zu können.

Ein schwieriger Weg liegt noch vor uns.

Als Gott die Grundschullehrerin erschuf ...

(Lehrer sind natürlich auch gemeint!)

... machte er bereits den sechsten Tag Überstunden. Da erschien der Engel und sagte: „Herr, Ihr bastelt aber lange an dieser Figur!“ Der liebe Gott antwortete: „Hast du die speziellen Wünsche auf der Bestellung gesehen?“

Sie soll pflegeleicht, aber nicht aus Plastik sein. Sie soll 160 bewegliche Teile haben. Sie soll Nerven wie Drahtseile haben. Auf ihrem Schoß sollen 30 Kinder gleichzeitig Platz haben – und trotzdem muss sie auf einem Kinderstuhl sitzen können. Sie soll einen Rücken haben, auf dem sich

alles abladen lässt und sie soll in einer vorwiegend gebückten Haltung leben können. Ihr Zuspruch soll alles heilen können, von der Beule bis zum Seelenschmerz. Sie soll sechs Paar Hände haben.“

„O Herr“, sagte der Engel und zupfte den lieben Gott am Ärmel, „geht schlafen, macht morgen weiter!“ „Ich kann nicht“, meinte der liebe Gott, „denn ich bin nahe daran, etwas zu schaffen, das mich einigermaßen zufrieden stellt: Ich habe bereits geschafft, dass sie sich selbst heilt, wenn

sie krank ist, dass sie 25 Kinder mit einem einzigen Geburtstagskuchen zufrieden stellt, dass sie einen Achtjährigen dazu bringt, sich vor dem Frühstück die Hände zu waschen, dass sie einen Siebenjährigen überzeugt, dass Filzstifte nicht essbar sind, und dass sie übermitteln kann, dass ich Füße zum Gehen und nicht zum Treten anderer Kinder geschaffen habe.“

Der Engel ging langsam um das Modell herum. „Zu weich“, seufzte er. „Aber zäh“, sagte der liebe Gott, „du glaubst gar nicht, was sie alles leisten und aushalten kann.“ „Kann sie auch denken?“, fragte der Engel. „Nicht nur

denken, sondern auch urteilen und Kompromisse schließen“, antwortete der liebe Gott, „und vergessen!“

Schließlich beugte sich der Engel vor und fuhr mit dem Finger über die Wange des Modells. „Da ist ein Leck“, sagte er. „Ich habe euch ja gesagt, Ihr versucht zu viel in dieses Modell hineinzupacken.“ „Das ist kein Leck“, sagte der liebe Gott, „das ist eine Träne.“ „Wofür ist sie?“ „Sie fließt bei Freude, Trauer, Enttäuschung, Verlassenheit und Schmerz.“ „Ihr seid ein Genie!“ sagte der Engel.

Der liebe Gott blickte versonnen. „Die Träne“, sagte er, „ist das Überlaufventil.“

Unter der Rubrik „Der Blick über den Zaun“ wollen wir von Zeit zu Zeit Artikel abdrucken, die sich mit Schule befassen, dabei aber teilweise auch einen länderspezifischen Teil haben, der sich zwar nicht auf Schleswig-Holstein bezieht, der aber durchaus Parallelen zulässt. Heute drucken wir einen Artikel des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes ab.

Schulpolitik als Hochstapelei

- Josef Kraus -

Hochstapelei scheint ein Phänomen der Neuzeit zu sein. Bibel und Antike kennen Hochstapelei zumindest als Begriff nicht. Zwar gibt es im 1. Buch Samuel einen Goliath, das Großmaul der Philister; und es gibt den Prahlers in Äsops Fabel, der Sprüche über seine Weitsprungleistung reißt und deshalb sein Können hier und jetzt -

Hic Rhodos! Hic salta! - unter Beweis stellen soll. Im deutschen Sprachraum taucht der „Hochstapler“ als vornehm auftretender Bettler aber erst in der rotwelschen Gaunersprache des 18. Jahrhunderts auf. Andere Sprachen kennen ihn nur wenig früher, etwa ab dem 16. Jahrhundert. Im Italienischen ist er der „escroquerie“, der Schnorrer,

bzw. der „cavalieri d' industria“, also der Ritter vom großen Eifer; im Französischen ebenfalls der „chevalier d' industrie“ bzw. der „flibustier“ oder „imposteur“, der Täuscher; „impostor“ heißt er auch im Englischen, außerdem „highflyer“ und „confidence trickser“ (kurz: „conman“).

An diese weise Semantik fühlt sich erinnert, wer aktuelle Politik mit ihren „Machtworten“ und ihrer permanenten Ankündigung „radikaler Reformen“ betrachtet - eine Politik zumeist von der Verfallszeit einer Tageszeitung. Die Schulpolitik will da nicht außen vor bleiben. Ja mehr noch: Schulpolitik scheint, nachdem die Segnungen des Dinosauriers Gesamtschule kaum noch glaubhaft sind, einen Nachholbedarf an Hochstapelei zu haben. Und so greift eine schulpolitische Verbalerotik um sich. Angesagt sind jetzt - wohlgemerkt für „Bildung“: Total Quality Management, Marketing, Intellectual-Capital-Management, Best Practice, Just-in-time-Knowledge usw. Fehlt nur noch ein „Last Minute Learning“, wenn dieses Schüler nicht schon längst erfunden hätten. Ansonsten gibt es: Edutainment, Educ@tion, Learntec, didaktische Hyperlinks, knowledge-machines, Lern-Animation, Download-Wissen usw. Und auch darüber hinaus werden die Schulen tagtäglich bom-

bardiert von allen möglichen Institutionen und „Experten“, die ihren pädagogischen Helfer-Komplex entdecken und der Schule „Highlights“ anbieten: „Cinema goes School“, „IT works“, „Girls go Tec“ etc.

Wie Hochstapelei muten die ins Kraut schießenden Vorstellungen von einer schulischen Omnipotenz an. Viele kochen ihr Süppchen und meinen, sich hier profilieren zu müssen. Ein Erziehungswissenschaftler aus Hamburg, dessen Bücher sich halbjährlich klonen, will die Lehrer künftig als „Gemeinwesenarbeiter“ und „Interaktionsanwälte“. Ein Filmemacher, der eine nordische Schule von innen gefilmt hat, lässt sich als Schulexperte durch Presse, Gewerkschaften und Stiftungen reichen und „Schule am Wendekreis“ verkünden. Ein selbsternannter Innovationsberater aus Rheinland-Pfalz zieht durch die Lande und wirbt für sein „Methodentraining“ als Basis aller „Schulentwicklung“; es besteht darin, dass Schüler den Umgang mit dem Textmarker und das flüchtige Lesen lernen. Sogar die gegenüber progressiver Pädagogik sonst nicht abgeneigte Frankfurter Rundschau weiß zu berichten: Das sei Scharlatanerie, denn dieses Training entlaste die Schüler von der Mühe des Verstehens. Amtlicherseits werden ständig neue

Kulturen propagiert: Eine neue Aufgaben-Kultur, eine neue Lern-Kultur, eine neue Gesprächs-Kultur, eine neue Anstrengungs-Kultur u. v. a. m. müssten her. Und außerdem habe Schule Freizeit-, Konsum-, Verkehrs-, Gesundheits-, Umwelt-, Medien- und Ernährungs-Erziehung zu leisten. Die Bundesministerin für Verbraucherschutz, Renate Künast, fordert kürzlich, dass Schule den Kindern beibringen müsse, wie man sich fettfrei ernährt. Wörtlich: „In den Schulen sollen Essen und Kochen als Kulturtechniken wieder entdeckt werden.“

Bundesfamilienministerin R. Schmidt fordert Ende 2002 ein Schulfach Familienkunde, denn viele wüssten nicht, was Liebe sei; messerscharf folgert sie: „Da kann der Staat helfen“. Nicht hoch genug ist vielen schulpolitischen Vor- und An-Denkern die Abiturientenquote. Deshalb fordern sie in planwirtschaftlicher Verwechslung von Quantität und Qualität eine drastische Erhöhung des Abiturienten-Outputs. Bundesbildungsministerin Bulmahn und ihr Vorgänger, der vergangene Zukunftsminister Rüttgers, marschieren hier parteiübergreifend Arm in Arm. Und schlussendlich soll Schule Unterrichts-, Personal- und Organisationsentwicklung managen, ja sie soll eine lernende Organisation

sein, die Metakompetenzen vermittelt. Ach ja: „Nachhaltig“ muss alles sein. Und: Wohin man guckt, sind Evaluationitis und Testeritis (vulgo: Schul-TÜV) angesagt. Dabei müsste eigentlich die alte Landwirte-Weisheit gelten: Vom Wiegen allein wird das Schlachtvieh nicht fett.

Da Bayern nicht hinter dem Mond liegt, geht die Hochstapelei am Freistaat nicht spurlos vorüber. Die permanenten „Initialzündungen“ sind auch hier Legion: Nachdem in Nordrhein-Westfalen 1995 das Konzept der teilautonomen Schule „Zukunft der Bildung – Schule der Zukunft“ ausgerufen worden war, hat die bayerische Regierungspartei nun das Konzept „Zukunft der Schule – Schule der Zukunft“ entdeckt. „Lernfeste“ sind angesagt, und ein „Schulentwicklungs-Portal“ gewährt einen Blick ins pädagogische Paradies. Das mathematisch-naturwissenschaftliche Gymnasium wird zum naturwissenschaftlich-technologischen befördert, ohne dass jemand erklären könnte, was denn nun das Technologische an diesem vermeintlich neuen Typ ist. Auch sonst missionieren beflissene Beamte beiderlei Geschlechts quer durch Bayern; sie werben für MODUS-21-Schulen, weil das offenbar die Methode ist, mit der man das 21. Jahrhundert bewältigt;

und sie werben für PPP („public private partnership“), indem sie diese so umwerfend neue Zusammenarbeit Schule-Wirtschaft in Vorträgen als praktizierte „Corporate Citizenship“ mit PPPP (Power Point Presentation Pest) visualisieren. Eine Bildungs-Initiative Gymnasium nennt sich BIG, und ein Schulpreis ISI. Man fragt sich unwillkürlich:

Kein Superlativ?

Is big big enough? Is easy easy enough?

Während sich die Grundschule in höchste Höhen aufzuschwingen hat und „Methodenkompetenzen“ samt „Primärstrategien“ vermitteln soll, reduziert man den Pflichtwortschatz eines Zehnjährigen auf ganze 700 Wörter – und das, obwohl man wissen müsste, dass sich bereits Fünfjährige täglich (!) bis zu 30 neue Wörter einprägen! Dazu kommen endlos die erlebnis- und erleichterungspädagogischen Versprechungen: Bessere Noten durch weniger Druck, heißt es. Und: Die neue Schreib- und Leselernmethode samt „vereinfachter“ Schreibschrift und samt Materialtheke macht alles leichter. Die Erfahrungen versierter Grundschulpädagogen und die Gesetze der Schreibmotorik sagen etwas anderes. Und vergessen scheint längst eine andere Versprechung: Die

Rechtschreibreform sollte den Schülern 70 Prozent der Fehler ersparen. Heute will kein Reformier mehr an diese Realsatire erinnert werden.

Abgesehen von der ins Auge springenden sprachlichen Barbarei, besteht „moderne“ Schulpolitik („modo“ heißt übrigens „für soeben“) oft nur noch aus Plattitüden; sie sind platt, flach, ja Fladen - Wortfladen im wortgeschichtlichen Sinn. Betrübtlich ist, dass manch progressive Pädagogen in ihrem avantgardistischen Sendungsbewusstsein offenbar glauben, Bildung „handhaben“ zu können wie das Marketing einer neuen Zahnpasta.

Nein, von den Visionen des „neuen“ Menschen, der mittels „Bildung“ geschaffen wird, sollten wir uns verabschiedet haben. Die größenwahnsinnige Vorstellung einer Machbarkeit aller menschlichen Möglichkeiten durch „Bildung“ sollte überwunden sein, kommt sie doch aus einem Behaviorismus, der seine Erkenntnis aus Experimenten mit der Dressur von Ratten, Katzen und Tauben gewann. Ein solcher Behaviorismus sollte auch nicht im Gewande eines „Bildungstechnizismus“ wiederauferstehen, selbst wenn man meint, nach dem poetischen Nürnberger Trichter der Barockzeit nunmehr einen elektroni-

schen Nürnberger Trichter versprechen zu können.

Dass sich die schulpolitischen Pyrotechniker gerne das Image der Macher umhängen, ist ja wahlkampfstrategisch verständlich. Aber die ständige Suche nach immer neuen Mitteln mutet an wie eine Neomanie, wie ein hyperaktiver Polypragmatismus (so würde die Psychologie sagen).

Wahrscheinlich ist sogar Hypochondrie im Spiel: Jedes Mittel muss her, und sei es nur ein Placebo! Damit aber wird Schulpolitik zum Problem, als dessen Therapeutikum sie sich ausgibt. Wohlwollende sehen mehr und mehr die Gefahr, selbst die innerdeutschen PISA-Sieger könnten dabei ihr schulpolitisches Tafelsilber verscherbeln.

Auch anthropologisch ist die aktuelle schulpolitische Windmaschine höchst bedenklich. Die Dialektik von Sein und Schein ist damit aufgehoben zu Gunsten des Scheins und einer Politik des „als ob“. Und die Dialektik von Zweck und Mittel ist aufgehoben zu Gunsten des Primats des Mittels. Was auf der Strecke bleibt, sind die Bildung der Persönlichkeit sowie die Vermittlung individueller und kultureller Identität.

Was sind die Folgen all der Hochstapeleien? Die Erwartungen an Schule und Lehrer steigen ins Überdimensionale. In vielen Schulen geht ob der

auf Hochtouren laufenden pädagogischen Pop-Corn-Maschinen der Frust um, in anderen ein ausgeprägter Sarkasmus. Die Kollegien fühlen sich nicht unbedingt vom Mantel der Bildungs- und Kulturgeschichte gestreift. Man hat zudem das Gefühl, als meine die hohe Politik, immer neue, immer mehr und immer höhere Bildung sei machbar in immer größeren Klassen, mit immer schwierigeren Schülern, bei immer erziehungs-abstinenteren Eltern, in immer weniger Stunden pro Woche, in immer weniger Schuljahren und mit immer älteren Lehrern. Auf Fortbildungen resignieren selbst Schulräte, indem sie kritische Fragen und konträre Erfahrungen ihrer Grundschullehrer mit der Empfehlung quittieren: „Dann machen Sie es eben so, wie es sich bewährt hat!“ In Gymnasialkollegien blickt man nach siebenjähriger ergebnisloser Debatte um eine Reform der Oberstufe missmutig auf die nächsten Großtaten: auf die Ankündigung einer neuen Kommission oder auf den Besuch bayerischer Politiker in irgendeinem nördlichen Land. Oder man tröstet sich bei dem Gedanken, dass auch die heutige Schule immer noch mehr leistet, als es moderne Schulpolitik und Schulpädagogik zusammen überhaupt zulassen.

Angesagt wären für Schulpolitik und

Pädagogik wenigstens ein Schuss Selbstironie und ein Schuss Humor. Vor allem durch seine Fähigkeit zum Humor lebt und erlebt der Mensch ein gütiges, lebensbejahendes Hinsehen auf die Unvollkommenheit der Welt und seiner selbst. Sogar Thomas Manns Hochstapler Felix Krull verfügt über mehr Selbstironie als manch politischer Hochstapler; Krull ist sich beispielsweise sehr bewusst, dass er vor allem deshalb als Wehrpflichtiger ausgemustert wird, weil es dem Musterungsarzt imponiert, wie der junge Mann „einige ausschweifende und träumerische Ausdrücke“ aus einer „Druckschrift klinischen Charakters“ auf sich anwendet.

Für die Debatte, die wir in Sachen Schule eigentlich bräuchten, nämlich die Debatte um Inhalte, hat Schulpolitik indes wenig übrig. Debatten um Inhalte erfordern geistige Unterkellerung. Über diese verfügt Schulpolitik kaum noch, weil sie sich - frei nach Nietzsche - vom Augenblick blenden lässt und weil sie zum Warten nicht Inhalt genug in sich hat. Eine intellektuelle Herausforderung ist solche Schulpolitik keine, allenfalls eine Banalität. Ob das typisch deutsch ist? Wahrscheinlich schon, allerdings nicht im Sinne des Faustischen, denn Faust will alles wissen, der Hochstapler aber gibt vor, all die-

ses Wissen bereits zu haben.

Wir brauchen keine Ritter vom großen pädagogischen Eifer. Seriosität und Skeptizismus sind vonnöten. Helfen könnten dabei Friedrich Nietzsches fünf Baseler Reden „Über die Zukunft unserer Bildungsanstalten“ von 1872. Darin wettert er gegen die „Bildungsphilister“, die über Dinge schwätzen, die sie nicht durchdringen. Vor allem aber ist Nietzsches Warnung vor einem einseitigen Nützlichkeitsdenken in Sachen Bildung aktuell. Schule ist gefesselt am „Pflock des Augenblicks“, würde Nietzsche heute poltern.

Vielleicht hilft auch ein Märchen von Hans Christian Andersen. Dieser würde heute den Titel wählen: „Der Schulkaiser innovative Schulen“. Warum? Nun, es waren einmal einige Schulkaiser, die es über die Maßen liebten, dass ihre Schulen so recht geputzt dastanden. Eines Tages kamen innovative Pädagogen und meinten, sie hätten ein ganz neues Modell von Schule. Nur die Gescheiten würden das merken, die Dummen aber würden sich outen, weil sie die Schönheit neuer Pädagogik nicht sähen. Die Kaiser schickten Fachleute aus, um das neue Haus des Lernens zu besichtigen. Zurückgekehrt, mochte aber kein Experte sagen, dass sich nichts geändert habe. Und so gab es einen Kongress, um

aller Welt zu zeigen, was die neuen Schulen drauf hätten. „Aber das bringt doch nichts!“ rief der kleine Fritz. Die Kaiser schauderte es, denn sie fanden,

Fritzchen hätte Recht. Aber sie hielten sich aufrecht und die Innovationsberater trugen die kaiserlichen Schleppen, die gar nicht da waren, noch stolzer.

Pressespiegel

- aus „MAX PLANCK FORSCHUNG“ 4 / 2002

Hackordnung auf dem Schulhof

Lange Zeit glaubte man, der soziale Status der Eltern entscheide darüber, welches Kind auf dem Schulhof das Sagen habe. Doch Markenjeans und Hightech-Spielzeug garantieren noch keine Beliebtheit. Ein Team des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung (MPIB) in Berlin und der Universität Potsdam betrachtet soziale Ungleichheit unter Kindern nun aus einem neuen Blickwinkel – als Merkmal der Kinderwelt selbst.

Lukas ist der „Bestimmer“, weil er die schlimmsten Schimpfwörter kennt. Frida hat jeder gern als Freundin, weil sie die teuerste Hose trägt. Und Hans? Mit dem spielt sowieso niemand. Kaum jemand glaubt noch an das Ideal, in Kindergruppen gebe es keine Rangordnungen. Doch was den Rang bestimmt, darüber wissen Erwachsene noch nichts Genaues. Deshalb untersuchten die Diplom-Psychologinnen Judith Schrenk und Christine Gürtler

unter der Leitung von Prof. Lothar Krappmann (MPIB) und Prof. Hans Oswald (Universität Potsdam) von Mai bis Juli 2001 Berliner Grundschulklassen. Sie wollten herausfinden, welche Strukturen sozialer Ungleichheit vorherrschen, und was Kindern dazu verhilft, ihre Absichten auch gegen den Willen ihrer Mitschüler durchzusetzen. Gibt es also neben dem Elternhaus weitere Faktoren, welche die soziale Stellung eines Kindes beeinflussen? Um diesem Problem auf den Grund zu gehen, befragten die Wissenschaftlerinnen 234 Dritt- und Fünftklässler aus zehn Grundschulklassen. „Die Besonderheit war, dass wir die Studie auf vier verschiedene Perspektiven ausrichteten“, sagt Judith Schrenk. Zuerst fragten die Forscherinnen jedes Kind, wie es sich verhalte, um seine Interessen gegen die anderer durchzusetzen. Die Kinder konnten beispielsweise „Ich halte mich an Spielregeln“ oder „Ich

schubse andere weg“ ankreuzen (Ich-Perspektive). Dann ging es darum, welches Vorgehen und welche Merkmale es den Kindern leichter oder schwerer machen, sich bei anderen durchzusetzen (Klassenperspektive) und darum, was die Schüler eigentlich für richtig halten (normale Perspektive). Die vierte Perspektive erhoben Gürtler und Schrenk mithilfe des Klassenspiels – einer aus den USA stammenden Art der Befragung. Die Kinder mussten ihren Kameraden bestimmte Rollen zuschreiben, wie „Tim spielt den, der immer nachgibt“. Dadurch wurden Aussagen der Kinder übereinander erfasst. Die Psychologinnen sammelten von den Lehrern und Eltern auch Informationen zur wirtschaftlichen Lage und zu den Schulleistungen.

Obwohl es noch eine Weile dauern wird, das umfangreiche Material komplett auszuwerten, stellten die Wissenschaftlerinnen nun erste Ergebnisse vor. Judith Schrenk hat genauer untersucht, welche Mittel Kinder anwenden, um sich durchzusetzen: „Wenn Kinder, egal ob Junge oder Mädchen, bei anderen etwas erreichen wollen, sind sie freundlich.“ Anderen Schaden zufügen, schlagen oder auslachen, sei „out“. Weiterhin ermittelte Schrenk, ob diese Methode auch wirklich Erfolg bringt. Sie fand heraus, dass Kinder, die laut

Fragebogen „viele Ideen haben“ und „ihre Absichten erklären“ sich tatsächlich besser in der Klasse durchsetzen können. Kinder, die schlagen oder andere auslachen, haben weniger Einfluss. Erstaunlich ist, dass Ihnen dabei persönliche Leistungen wie gute Schulnoten und Sportlichkeit zugute kommen, während gutes Aussehen oder die Höhe des Taschengelds fast keinen Einfluss auf den Status in der Klasse haben.

Doch welchen Stand haben eigentlich aggressive Kinder bei ihren Mitschülern? Dieser Frage widmet sich Christine Gürtler. Denn die meisten dieser Jungen und Mädchen schaffen es trotz ihres negativen Auftretens, Freunde an sich zu binden. „Ich hatte mir vorgestellt, dass Freunde von aggressiven Kindern sich weniger als andere daran stören, dass diese andere ärgern oder schlagen. Sonst wären sie ja kaum befreundet“, so Gürtler. Doch genau das Gegenteil sei der Fall: „Die Kinder sind nicht blind für das aggressive Verhalten ihrer Freunde. Sie nehmen es sogar viel stärker wahr als nicht befreundete Klassenkameraden.“ Dafür erkennen diese Kinder andererseits auch deren positive Eigenschaften wie gute Laune oder Humor viel eher an. In Langzeitstudien fanden Lothar Krappmann und Hans Oswald heraus, dass

manche dieser Freundschaften nach einiger Zeit zerbrechen. Andere halten sich jedoch und sind den aggressiven Kindern eine Brücke in eine Sozialwelt, in der man Konflikte aushandelt. „Von Freundinnen und Freunden erwarten Kinder, dass sie ihre Probleme von gleich zu gleich und ohne Schlagen

und Anschreien regeln. Aber das muss man erst miteinander lernen.“

@ Weitere Informationen erhalten Sie von:

Prof. Lothar Krappmann

Max-Planck-Institut für Bildungsforschung,
Berlin

Tel.: 030/82406-357

Fax.: 030/8249939

E-Mail: [krappmann@](mailto:krappmann@mpip-berlin.mpg.de)

[mpip-berlin.mpg.de](mailto:krappmann@mpip-berlin.mpg.de)

- aus „Lübecker Nachrichten“ vom 19. Februar 2003

„Zielvereinbarung“ für Schüler

Das Kieler Bildungsministerium plant einen Erlass, nach dem jeder Schüler ab der dritten bis mindestens zur sechsten Klassenstufe einen individuellen „Lernplan“ bekommen soll. Der Klassenlehrer würde demnach „Ist-Stand, Ziele, geplante Maßnahmen und Überprüfungen“ für jeden Schüler in eine Tabelle eintragen – nicht nur in den Schulfächern, sondern etwa auch in Rubriken wie Konzentration, Arbeitstempo, Zuverlässigkeit, Syntax oder Motorik.

Beispiel: Fällt ein Schüler durch „mangelnde Lesefähigkeit und -bereitschaft“ auf, ist das Ziel die „Verbesserung von Lesefähigkeit und Vermittlung von Lesefreude“.

Maßnahmen: „Vorleseübungen in der Klasse, Exploration eines Leseinteresses durch Lehrkraft und Eltern, Lektü-

reberatung“, *Überprüfung:* „fortlaufend“. Eltern und Schüler unterschreiben den Plan und verpflichten sich, Beiträge zur Zielerfüllung zu leisten.

Ekkehard Klug (FDP) nennt das einen „superbürokratischen Monstererlass“, der Aktenberge schaffe, aber Kindern nichts bringe. Ähnlich Bernd Schauer, Geschäftsführer der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Das schafft unheimlichen bürokratischen Aufwand und Zusatzbelastungen für Lehrer.“ Am 15. Februar 2003 endete die Anhörungsfrist. Nun muss das Ministerium entscheiden, ob, wann und wie der Erlass in Kraft tritt.

- aus „Lübecker Nachrichten“ vom 06. März 2003
- Pressespiegel d. Landesregierung u. des Landtages Schlesw.-Holst. (06.03.2003) -

Lübecker Lehrer wollen Schul-Test boykottieren

Bildungsministerin Ute Erdsiek-Rave (SPD) will die Schulen testen – doch die machen da nicht mit: Lehrer von zwei Lübecker Grundschulen sind gegen eine Teilnahme am Schul-TÜV.

Ihr Argument: zu viel Arbeit.

In sieben Schulen soll in diesen Tagen der Schul-TÜV des Landes-Bildungsministeriums seine Arbeit aufnehmen. Neben fünf Stormarner Schulen – zwei Gymnasien, einer Real-, einer Haupt- und einer Gesamtschule – hatte sich Ministerin Erdsiek-Rave die Lübecker Pestalozzi- und die Marli-Schule als Teilnehmer fürs Pilot-Projekt ausgesucht. Bei den Direktoren war die Ministerin offenbar noch auf Interesse gestoßen – bei den Lehrerkollegien hingegen gibt es nach Angaben von Stadt-Sprecher Marc Langentepe massiven Widerstand. Dort fürchte man erhebliche Mehrarbeit.

Das bestätigte den LN eine Lehrerin, die anonym bleiben will: „Auf uns würde eine erhebliche Mehrbelastung zukommen, die nicht hinzunehmen ist. Wir müssen schließlich auch Unterricht vorbereiten und halten.“ Sogar der pädagogische Auftrag sei gefährdet, so die Lehrerin. „Nicht ohne Grund gab es bei der Vorstellung des Projekts in

dieser Woche einen großen Aufstand der Kollegen“, sagt die Lehrerin. „Zum Glück“ sei die Teilnahme an dem Schul-TÜV freiwillig. „Das Ministerium kann uns nicht zwingen – und unter diesen Voraussetzungen werden wir nicht teilnehmen“, so die Pädagogin. Jens Hoffmann, Leiter der Pestalozzi-Schule und Marli-Schulleiter Alfred Glaser wollen sich öffentlich nicht zur ablehnenden Haltung ihrer Kollegen äußern, verweisen ans Schulamt. Doch auch hier gibt man sich betont zugeknöpft: Schulrätin Kirsten Blohm-Leu lässt knapp ans Bildungsministerium verweisen.

Dort reagiert man mit Unverständnis. Sprecherin Patricia Zimnick: „Es ist schon klar, dass das Projekt Mehrarbeit verursacht. Aber es kann doch nicht sein, dass alles kritisiert und abgelehnt wird, nur weil es neu ist und Einsatz fordert.“ Anstatt Kritik zu üben, sollten die Lehrer viel mehr gesteigertes Interesse daran haben, an dem Pilotprojekt teilzunehmen: „Im Alltag gibt es doch kaum Feedback. Hier geht es um die eigene Arbeit und die große Chance, sich einmal neutral beurteilen zu lassen.“ Erklärtes Ziel sei doch die Verbesserung des Schulsystems.

Hintergrund des so genannten EVIT-Projekts (Externe Evaluation im Team) sind die miserablen Ergebnisse der Pisa-Studien: „Wir wollen das Controlling an den Schulen verbessern, mit Hilfe aller beteiligten Gruppen Stärken und Schwächen feststellen und entsprechende Rückschlüsse ziehen“, sagt die Ministeriumssprecherin. Anhand von Gesprächen mit Lehrer, Schülern und Eltern und durch schriftliche Befragungen solle die Zusammenarbeit und Zufriedenheit gecheckt werden. Zusätzlich sollen sich dreiköpfige Teams – je ein Vertreter der Schulaufsicht, des Lehrerfortbildungsinstituts und ein Lehrer einer vergleichbaren Schule aus der Region – auf den Pausenhöfen und in den Lehrerzimmern umhorchen.

Zimnik appelliert an die Lehrer der beiden Lübecker Schulen: „Guckt euch das Konzept an und überlegt, ob ihr

nicht doch dabei sein wollt.“ Andernfalls würde sich das Ministerium eben nach anderen Schulen umsehen: „Mit Freiwilligen lassen sich bekanntlich bessere Leistungen erzielen.“ Nachvollziehbar seien die Vorbehalte ohnehin nicht: Die Erfahrungen aus dem so genannten Pre-Test, dem Probelauf an zwei Schulen in Altenholz und Bad Oldesloe, seien überdurchschnittlich positiv. Zimnik: „Die Lehrer waren beeindruckt, konnten sehr viele positive Effekte zur Verbesserung des Schulalltags gewinnen.“

Unterstützung gibt es dagegen von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW): „Der Schul-TÜV ist kein adäquates Instrument, die Qualität an unseren Schulen zu verbessern. Bildung braucht Geld für Ausstattung und Personal – und keine Kontroll-Konzepte des Ministeriums“, sagt Ortschef Jörg Senkspiel.

- aus „Die Welt“ vom 4. März 2003

Ausländerkinder senken Lern-Niveau erheblich

Neue Pisa-Teilanalyse weist auf erhebliche Schwierigkeiten an Schulen schon bei geringem Migrantenanteil hin

Bereits ein geringer Anteil von Ausländerkindern an Schulen hat drastische Folgen für das Bildungsniveau. Zu diesem Ergebnis kommt eine der WELT

vorliegende neue Teilanalyse der nationalen Pisa-Studie. Danach bewirkt schon ein Migrantenanteil von 20 % eine „sprunghafte Reduktion der mittlere-

ren Leistungen“. Im Vergleich zu Schulen mit weniger als fünf Prozent Ausländerkindern ergibt sich ein Unterschied von knapp zwanzig Punkten. Die Studie kommt zu der Schlussfolgerung, dass bereits bei einer „quantitativ relativ moderaten ethnischen Durchmischung“ den Schulen der „Umgang mit der Heterogenität“ Schwierigkeiten bereite. „Überraschend“ sei jedoch, dass mit einem zusätzlichen Anstieg des Migrantenanteils auf 40 % und mehr keine weitere Verringerung des mittleren Leistungsniveaus einhergehe.

Die Ergebnisse der internationalen OECD-Bildungsstudie Pisa 1 hatten bereits gezeigt, dass Kinder und Jugendliche aus zugewanderten Familien deutlich geringere Bildungserfolge erzielen als Schüler ohne Migrationshintergrund, auch wenn sie ihre gesamte Schullaufbahn in Deutschland absolviert haben. Die von den Teilnehmerländern gemeinsam entwickelten Leistungstests wurden bei 15-jährigen Schülern durchgeführt.

Ein geringer Anteil von Ausländerkindern an Schulen ist jedoch kein Garant für zwangsläufig hohe Leistungen von Schülern, wie die Studie zudem herausstellt. Befunde für Bremen und Bayern sowie zum Teil für Nordrhein-Westfalen sprächen zwar für einen

Zusammenhang von geringerem Ausländeranteil und besseren Schulleistungen, die Befunde für Schleswig-Holstein und das Saarland lieferten aber quasi den Gegenbeweis. Die Pisa-Wissenschaftler folgern daraus, dass die Schulen offenbar erst dann mit gezielten Fördermaßnahmen reagieren, wenn die Gruppe von Migranten eine „kritische Schwelle“ erreicht habe. In Bayern und Baden-Württemberg erzielen Ausländerkinder laut der Analyse im nationalen Vergleich relativ hohe Leistungen, während die in Bremen und Schleswig-Holstein auf vergleichsweise niedrigem Niveau liegen. Die Differenzen zwischen den höchsten und niedrigsten Ländermittelwerten sind mit rund 40 Punkten in Mathematik und Naturwissenschaften sowie mit mehr als 50 Punkten im Lesen äußerst groß.

Ergebnis der Pisa-Teilanalyse ist fernerhin, dass der Anteil von nicht-gymnasialen Schüler, die für ihren jeweiligen Schultyp weit überdurchschnittliche Leistungen erbringen, in den Bundesländern variiert. Die Studie nennt diese Schüler „Potentielle Aufsteiger“. In Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz erreichten fast ein Drittel, in Bayern sogar über 40 % der Realschüler bessere Mathematikleistungen, als das untere Viertel der

Schüler eines Gymnasium sie zu erbringen vermag. In Bremen, Hessen, Niedersachsen sowie im Saarland und Schleswig-Holstein lägen die entsprechenden Quoten teilweise deutlich unter zwanzig Prozent. Außerdem stellt

die Studie fest, dass die Leistungen von Mädchen im Lesen zum Teil deutlich höher sind als die der Jungen. Im Bereich der Mathematik fiel die Spannbreite allerdings zugunsten der Jungen aus.

Der Arbeitskreis Stellvertreter informiert

- Klaus-Ingo Marquardt -

Wenn das die Ministerin wüsste...

dann müsste sie mit einem Donnerwetter dazwischen fahren.

Was ist passiert?

Da wird in einer Schule auf der schönen Halbinsel Schwansen eine Konrektorenstelle frei. Der Schulleiter erinnert sich an den Aufruf der Ministerin, Lehrerinnen und Lehrer dazu zu ermutigen, sich für Führungspositionen zu bewerben. (Diese Ermutigung ist im Angesicht der vielen ausscheidenden Schulleiterinnen und Schulleiter und ihrer Vertreter in der nächsten Zeit auch dringend geboten.) Unser Schulleiter wird fündig.

Eine Kollegin ist bereit, sich um diese Stelle, die mit A 12 Z ausgeschrieben ist, zu bewerben. Mit Beginn des Schuljahres 2001/2002 übernimmt die Kollegin die Aufgaben der Konrektorin. Sie wird von ihrer Schulrätin besichtigt und erhält die Mitteilung, dass die ein-

jährige Probezeit am 1.1.2002 beginnt und demnach am 31.12.2002 endet.

Am 19.12.2002 erfolgt aus Anlass der Beendigung der Probezeit eine weitere Besichtigung durch die Schulrätin.

Im anschließenden Schreiben wird der Kollegin dann mitgeteilt, dass sie zwar mit der Wahrnehmung der Aufgaben als „Ständige Vertreterin“ des Schulleiters beauftragt werde, **die in der Ausschreibung angeführte Zulage aus haushaltsrechtlichen Gründen aber nicht gezahlt werden könne.**

Wie inzwischen bekannt wurde, ist das geschilderte Vorgehen kein Einzelfall. Es entspricht in seiner moralischen Bewertung der „Erschleichung von Leistungen“. Mussten wir bisher nur die lange Wartezeit bis zur Zahlung der sicherlich nicht üppigen Zulage beklagen und hatten wir geglaubt, dass dieses Verhalten in seiner leistungsverachtenden und motivationszerstörenden

den Form nicht steigerbar wäre, müssen wir uns nun eines Besseren belehren lassen.

Ganz besonders ärgerlich sind solche Vorgehensweisen, wenn gleichzeitig in der Presse von finanziellen Zuwendungen an motivationslose Staatssekretärinnen berichtet wird, denen man über Jahre die Differenz zwischen B8 und B9 zahlen muss. Nach überschlägigen Berechnungen benötigt man 15 Zulagen von Konrektorinnen und Kon-

rektoren, um die Mittel für dieses Zubrot aufzubringen.

Wer will noch glaubwürdig für die Übernahme von Führungspositionen werben, wenn der Dienstherr derart vertrauenszerstörend vorgeht?

Nein, das alles kann die Ministerin nicht gewusst haben, aber jetzt weiß sie es! Ich bin sicher, dass sich nur um einen Irrtum handelt, der ganz schnell behoben wird.

Abschlussprüfungen an Hauptschulen?

- Rudi Doil -

Die Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) – auch wesentlicher (Mit-)Träger der Initiative Hauptschule e.V. – will mit standardisierten Abschlussprüfungen das Profil der Hauptschule stärken. Mit dieser Forderung will sie die Debatte um die notwendigen Standards voran bringen, mit denen das Niveau der Schulbildung angehoben werden müsse. „Klar definierte Standards sind das Erfolgsrezept guter Schulsysteme, wie PISA und PISA-E gezeigt haben“, so Dr. Donate Kluxen-Pyta (BDA), Vorsitzende der Initiative Hauptschule e.V. auf der Fachtagung „Hauptschulprofil stärken mit der Abschlussprüfung“ am 16. Dezember in Berlin.

Schon in seinem Grußwort stellte Dietmar Heise, Mitglied der Hauptgeschäftsführung der BDA, Berlin die wichtigsten Begründungen für das Thema (ohne Fragezeichen!) heraus:

Abschlussprüfungen

- definieren klare Leistungsstandards,
- kennzeichnen ein Profil von Kompetenzen,
- sind gut zu evaluieren,
- strukturieren zielführend den Unterricht,
- stärken (bzw. bringen neues) das Ansehen der Hauptschule.

Mit Abschlussprüfungen wissen die Abnehmer (also die Arbeitgeber), was sie von Bewerbern erwarten dürfen.

Diese Thesen bekamen grundlegende Zustimmung durch Helmut Flöttmanns Referat: „Was muss die Hauptschule ihren Schülern für eine erfolgreiche Ausbildung mitgeben“? Er legte als Ausbildungsleiter von Miele & Cie GmbH & Co aus betrieblicher Sicht die Könnensbereiche und persönlichen Kompetenzen offen, die ein Bewerber heute benötige:

Im **Könnensbereich** setzte er an die erste Stelle das Beherrschen der deutschen Sprache. Im Fach Mathematik sei die pragmatische Beherrschung der Grundrechenarten – „allerdings ohne Taschenrechner!“ – ausreichend; in den Naturwissenschaften seien dagegen grundlegende Kenntnisse unabdingbar, ebenso in Arbeitslehre und im IT-Bereich; weiter seien Englisch-Kenntnisse auch in der beruflichen Bildung unverzichtbar.

Im **Bereich der persönlichen und Sozialkompetenzen** waren seine Anforderungen an die Schulabsolventen wesentlich anspruchsvoller:

- höheres Potential an Verantwortungsbewusstsein,
- mehr Höflichkeit und Freundlichkeit,
- mehr Konfliktfähigkeit, Toleranz und Konzentrationsfähigkeit für

komplexe Aufgaben in den Betrieben,

- ein hohes Potential an Selbstständigkeit, Kritik- und Selbstkritikfähigkeit,
- geistige bzw. räumliche Flexibilität.

Dies war ihm noch nicht genug. Fragte er sich doch: „Was nützt das Können, wenn der Wille fehlt“? Also gesellten sich zu diesem Wunschbild der persönlichen Kompetenzen noch:

- hohes Maß an Lern- und Leistungsbereitschaft,
- (Selbst-) Weiterentwicklungsfähigkeit, Ausdauer und Durchhaltevermögen,
- Belastbarkeit, Sorgfalt und Gewissenhaftigkeit.

Dass Flöttmann nach diesem Ruf nach dem „guten und perfekten Menschen“ selbstverständlich für Abschlussprüfungen eintrat und die meist gute und mühevollen Arbeit der Pädagogen nicht kritisieren wollte, sei am Rande vermerkt!

Einen ausführlichen Überblick über die verschiedenen Modelle solcher Abschlussprüfungen bzw. Abschlüsse in der Bundesrepublik Deutschland gab Professor Dr. Jürgen Rekus von der Universität Karlsruhe.

Bundesland	Haupt- schule	Verbund- schulformen	ausreichende Leistungen	verpflichtende Zentralprüfung	freiwillige Zentralprüfung
Baden - Württemberg	selb- ständig			Hauptschul- abschluss	Qualifi. Haupt- schulabschluss
Bayern	selb- ständig		Hauptschul- abschluss		
Berlin	selb- ständig		Hauptschul- abschluss		
Brandenburg		Gesamtschule	Berufs- bildungsreife		
Bremen	selb- ständig		Hauptschul- abschluss		
Hamburg		Haupt-/ Realschule			
Hessen	selb- ständig			Hauptschul- abschluss (2003)	
Mecklenburg - Vorpommern		Regionale Schule	Berufsreife		
Niedersachsen	selb- ständig		Hauptschul- abschluss		
Nordrhein - Westfalen	selb- ständig		Hauptschul- abschluss		
Rheinland - Pfalz		Regionale Schule	Berufsreife		
Saarland		Erweiterte Realschule		Hauptschul- abschluss	
Sachsen		Mittelschule	Hauptschul- abschluss		Qualifi. Haupt- schulabschluss
Sachsen- Anhalt		Sekundarschule	Berufs- bildungsreife		
Schleswig - Holstein	selb- ständig		Hauptschul- abschluss		
Thüringen		Regelschule	Hauptschul- abschluss		Qualifi. Haupt- schulabschluss

© juergen.Rekus@geist-soz.uni-karlsruhe.de

Die neue hessische Staatsministerin für Kultus Karin Wolff entwickelte ihre Vorstellungen einer „vertrauensvollen Zusammenarbeit“ von Schule und Wirtschaft. Sie begründete, weshalb Hessen Abschlussprüfungen verbindlich einführe. „Erst der Hauptschulabschluss schafft das Profil“, so ihr Thema.

Die abschließende Diskussionsrunde erbrachte keine wesentlich neuen Argumente. Der Hauptschulleiter und stellvertretende Vorsitzende der Initiative Hauptschule Walter Rossow aus Schleswig-Holstein hatte naturgemäß einen schweren Stand. Als Praktiker lenkte er immer wieder den Blick auf die HS-Klientel und deren Familien, die

Quereinsteigerraten, das Image als Restschule, den Lehrermangel an HS sowie die allgemeinen Arbeits- und Rahmenbedingungen der HS. Doch mit Beobachtungen und gemessenen Ergebnissen in Bayern oder Baden-Württemberg wurden viele seiner Klagen in Zweifel gezogen und weg gewischt. Allerdings glaubt auch Rossow, dass eine Abschlussprüfung mehr

Selbstbewusstsein und Zielgerichtetheit bei Schülern und Lehrern bringen werde.

Die Teilnehmer dieses Kongresses konnten nur einen Eindruck mitnehmen: die Abschlussprüfungen kommen! Auch in den Ländern, die bisher abwinken. Im nächsten Jahr wird der KMK-Vorsitz an Frau Wolff (CDU) übergehen.

Vorankündigung s/vsh-Kongress 2003

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

schon heute wollen wir Sie auf ein wichtiges Ereignis im zweiten Halbjahr aufmerksam machen:

s/vsh-Kongress 2003 !

- Er findet statt am 30. Oktober 2003 im Conventgarten in Rendsburg.
- Wir werden ihn in Zusammenarbeit mit dem SHGT (Schleswig-Holsteinischer Gemeindetag) durchführen.
- Thema wird sein: Kommunalisierung von Schulen
 - Was steckt dahinter? - Blick über die Grenzen Deutschlands

Gleichzeitig wollen wir unseren langjährigen Vorsitzenden Michael Doppke in würdiger Form und Umgebung verabschieden!

Der Arbeitskreis Stellvertreter lädt ein

Liebe Kolleginnen und Kollegen,
der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) setzt sich seit seiner Gründung für die Belange der Stellvertreterinnen und Stellvertreter an den allgemeinbildenden Schulen in unserem Lande ein. Wie nötig dies ist, zeigt das skandalöse Verhalten der Dienstherrin im Falle der Besoldungsversagung bei mehreren Kolleginnen und Kollegen (siehe Artikel "Wenn das die Ministerin wüsste").

Im Nachrichtenblatt 1998 Seite 56 sind Funktion und Aufgaben der Stellvertreter beschrieben. Um den darin aufgeführten Anforderungen gerecht werden zu können, fordern die Mitglieder des AK Stellvertreter:

- Leitungszeit im Umfang der Hälfte der Leitungszeit von Schulleitern.
- Den Titel Konrektor für alle Stellvertreter.
- Zusätzliche Leitungszeit für den Stellvertreter bei regelmäßiger Abwesenheit des Schulleiters in seiner Funktion als Seminar- oder Studienleiter.
- Fortbildungsangebote für Stellvertreter in Hinblick auf eine Bewerbung als Schulleiter im Rahmen des TUF.

Um unser weiteres Vorgehen zu diskutieren, treffen wir uns am

Mittwoch, dem 7. Mai 2003

von 15.30 Uhr - 17.30 Uhr

im Hotel Conventgarten in Rendsburg

Mit freundlichen Grüßen

Klaus-Ingo Marquardt

(Sprecher Arbeitskreis Stellvertreter)

Verbandsinterne Fortbildung

Thema: **Projektmanagement für Führungskräfte**
Methodische Grundlagen und Systeme der Teamentwicklung

Teilnehmerinnen
und Teilnehmer: Führungskräfte aus allen Schularten

Leitung: Ronald Büssow, Firma in•puncto change

Beginn: 08.05.2003, 09:00

Ende: 08.05.2003, 17:30

Tagungsort: Denk-Fabrik am See, Bordesholm, Eiderstedter Straße 24,

P r o g r a m m

Projektmanagement ist eine effektive und effiziente Organisationsform, um komplexe Aufgaben bereichs- und funktionsübergreifend erfolgreich zu bewältigen. Ziel- und Ergebnisorientierung sind hier gefragt.

Als Tools haben sich Projektmanagement-Methoden herausgebildet, die zunehmend im schulischen Alltag einfließen. Um die Inhalte praxisnah zu vermitteln, erhalten die Teilnehmer und Teilnehmerinnen die Möglichkeit eigene Projektbeispiele zu thematisieren.

Neben den arbeitsmethodischen Aspekten geht es in diesem Seminar auch um die Führungskompetenz für Projektverantwortliche.

Projekte leiten ist eine Führungsaufgabe mit besonderem Charakter. Rollen müssen geklärt und Teams ideal zusammengestellt und entwickelt werden. Unterschiedliche Interessen und Polaritäten wollen berücksichtigt sein. Eine hohe Sozial- und Methodenkompetenz ist dabei erforderlich, um Konflikte und limitierte Ressourcen zu managen und optimale Ergebnisse zu erzielen.

Wir werden dazu zwei Persönlichkeitsmodelle bearbeiten: Das Herrmann Dominanz Instrument (HDI) und das Team Management System (TMS).

Hinweis:

68,- € Teilnahmebeitrag und Verpflegung: Frühstück, Mittagessen, Kaffee, Tagungsgetränke (Entrichtung am Tagungsort gegen Quittung), Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Ein Seminarordner kann zum Preis von 10,- € erworben werden.

Die Veranstaltung ist vom IQSH als Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

Anmeldung bitte direkt an die Denk-Fabrik am See, Bordesholm
Tel.: 04322-699674, Fax: 04322-699675, E-Mail: info@ronald-buessow.de

seminar 08. 05. 2003
s/vsh Bordesholm

Projektmanagement für Führungskräfte
Methodische Grundlagen und Systeme der Teamentwicklung

09.00 - 10.30Uhr

- Begrüßung, warming up, Dramaturgie für den Tag
- Persönlichkeitsprofil nach dem Herrmann Dominanz Instrument
- ABC des Projektmanagements
 - Definition wichtiger Begriffe
 - Phasen der Projektarbeit
 - Was gewinnt die Organisation und die Projektleitung durch Projektmanagement?

10.30 - 10.45 Uhr Kaffeepause

10.45 - 12.30 Uhr

- Bearbeitung von Fallbeispielen
 - Was ist der Anlass bzw. wie lautet die Problemstellung des Projektvorhabens?
 - Wer ist der Auftraggeber? Wer ist vom Projekt betroffen?
 - Wie lautet das Ziel bzw. die Leistungserwartung?
 - Welche Zeitvorgaben und Ressourcen gibt es?
 - Aufgrund welcher quantitativen und/oder qualitativen Kriterien soll der Erfolg des Projektes gemessen werden?
- Kreativitätsmethoden im Ideenfindungsprozess
 - Methode 6-3-5
 - Innovative Archetypen

12.30 - 13.30 Uhr Mittagspause

13.30 - 15.00 Uhr

- Methoden der Projektplanung an Hand von Fallbeispielen
 - Vom Projektstrukturplan zu den Meilensteinen
 - Instrumente der Planung
 - Durchführung von Besprechungen
 - Fragen zum Controlling
 - Die Projektleitung
- Übung „Projektplanung“
 - Bearbeiten von eigenen Aufgabenstellungen oder ausgewählten Fallbeispielen
 - Präsentation der Ergebnisse

15.00 - 15.15 Uhr Kaffeepause

15.15 - 17.30 Uhr

- Information und Dokumentation
 - Grundlagen für einen optimalen Informationsfluss schaffen
 - Was eine gute Projektdokumentation braucht
- Reflexion des persönlichen Arbeitsstils und Zusammenarbeit im Projektteam

Der Typ Mensch bestimmt oft unbewusst aus seinen Denkmustern heraus die Arbeitsmethodik, die Kommunikation und die Ziele. Die Reflexion dieser Zusammenhänge kann für den Einzelnen der Sprung in ein wirklich neues Verhalten sein. Mit dem Team-Management-System erarbeitet jeder Teilnehmer sein Teamprofil und verbindet es mit seinen Aufgaben im Team, um u.a. den Grad seiner Arbeitszufriedenheit zu reflektieren.
- Das dialogische Feedback als Steuerungsinstrument, gleichzeitig Auswertung des Trainings

17.30 - 18.00 Uhr

- Coaching, Zeit für individuelle Transfersicherung

Thema: **Professionelle Gestaltung von Konferenzen
Aus Betroffenen Beteiligte machen**

**Teilnehmerinnen
und Teilnehmer:** Führungskräfte aus allen Schularten

Leitung: Ronald Büssow, Firma in•puncto change

Beginn: 15.04.2003, 09:00

Ende: 15.04.2003, 17:30

Tagungsort: Denk-Fabrik am See, Bordesholm, Eiderstedter Straße 24,

Program

Immer wieder stehen Sie als Mitglied der Schulleitung vor der Aufgabe eine Schul-, Lehrer-, Fach- oder Klassenkonferenz zu leiten. Lastet die gesamte Vorbereitung und Durchführung auch nur auf ihren Schultern? Wenn ja bietet Ihnen das Seminar Grundlagen und Anregungen zur erfolgreichen Gestaltung Ihrer Konferenzen unter Einbeziehung der Kolleginnen und Kollegen.

Führung bedeutet mehr und mehr motivieren statt manipulieren, d.h. auf ein Miteinander hinzuwirken und nicht einseitige Interessen durchzusetzen. Das gilt auch für Konferenzen. Wichtigste Voraussetzung für erfolgreiches Führen ist es, glaubwürdig zu sein und das beispielhaft vorzuleben, was man von anderen Menschen erwartet. Hierzu ist es nötig, die Selbstwahrnehmung zu schärfen und mögliche Potentiale anderer Menschen realistisch einschätzen zu können. Weiterhin gilt der Grundsatz: So viel führen wie nötig und so viel beteiligen wie möglich.

Damit dieser Prozess zielorientiert und effektiv verläuft, ist der Einsatz von Moderationstechniken, die Bewertung von Prioritäten und die positive Gestaltung der zwischenmenschlichen Kommunikation nötig.

Hinweis:

68,- € Teilnahmebeitrag und Verpflegung: Frühstück, Mittagessen, Kaffee, Tagungsgetränke (Entrichtung am Tagungsort gegen Quittung), Fahrtkosten werden nicht erstattet.

Ein Seminarordner kann zum Preis von 10,- € erworben werden.

Die Veranstaltung ist vom IQSH als Fortbildungsveranstaltung anerkannt.

**Anmeldung bitte direkt an die Denk-Fabrik am See, Bordesholm
Tel.: 04322-699674, Fax: 04322-699675, E-Mail: info@ronald-buessow.de**

Seminar 15. 04. 2003 Professionelle Gestaltung von Konferenzen
s/vsh Bordesholm Aus Betroffenen Beteiligte machen

09.00 - 10.30Uhr

- Begrüßung, warming up, Dramaturgie für den Tag
- Themensammlung
- ABC der Konferenzgestaltung
 - Definition wichtiger Begriffe
 - Was gewinnt die Organisation durch effektive Konferenzen?
 - Planung von Konferenzen für ein Schuljahr

10.30 - 10.45 Uhr Kaffeepause

10.45 - 12.30 Uhr

- Bearbeitung von Fallbeispielen
 - Die Entwicklung einer Agenda mit Zeitrahmen, Zielsetzung und Priorisierung
 - Die Visualisierung vorbereiten oder simultan inhaltsunterstützend einsetzen
 - Die zeitgemäßen Medien im Einsatz richtig handhaben
 - Die bisher beschlossenen Vereinbarungen auf Wirkung und Einhaltung kontrollieren
 - Die Verbindlichkeit der vereinbarten Ergebnisse und der weiteren Bearbeitung herstellen
 - Die Atmosphäre des Raums und die des Gesprächs positiv gestalten
- Kreativitätsmethoden im Ideenfindungsprozess
 - Operative Provokation
 - Mind Mapping

12.30 - 13.30 Uhr Mittagspause

13.30 - 15.00 Uhr

- Die Gesprächskultur zum gegenseitigen Nutzen gestalten
 - Die Dringlichkeit und Wichtigkeit bei der Prioritätensetzung trennscharf bewerten
 - Die effektive Moderation des Plenums und der Kleingruppen - methodische Tipps
- Übung „Konferenzplanung“
 - Bearbeiten von eigenen Aufgabenstellungen oder ausgewählten Fallbeispielen
 - Präsentation der Ergebnisse

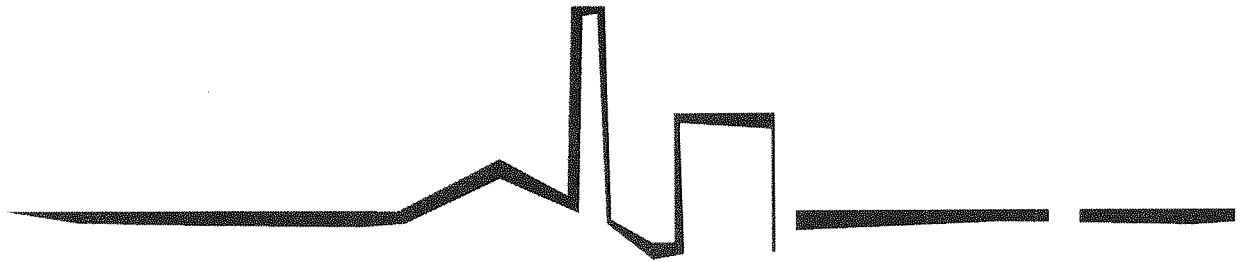
15.00 - 15.15 Uhr Kaffeepause

15.15 - 17.30 Uhr

- Information und Dokumentation
 - Gestaltung der Einladung
 - Arten der Protokollführung
- Die Handhabung von schwierigen Gesprächssituationen
- Das dialogische Feedback als Steuerungsinstrument, gleichzeitig Auswertung des Trainings

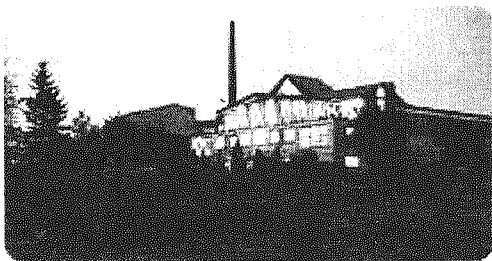
17.30 - 18.00 Uhr

- Coaching, Zeit für individuelle Transfersicherung



Denk-Fabrik

am See



Räume für Konferenzen,
Meetings und Seminare

Inhaber Ronald Büssow

Eidersteder Str. 24
24582 Bordesholm

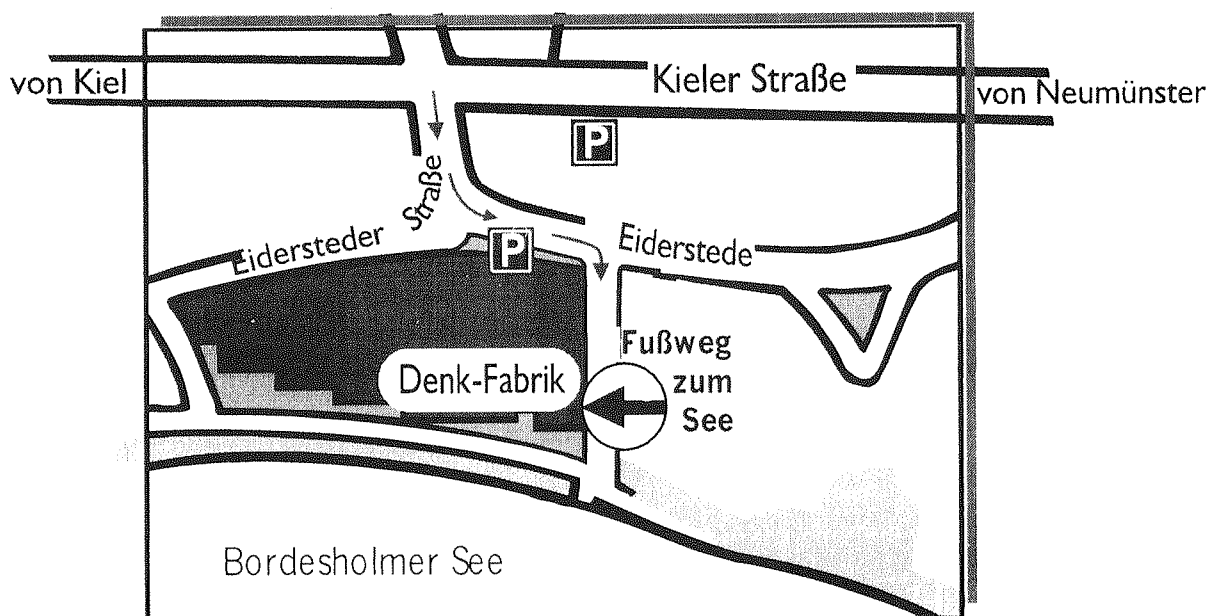
Tel 04322 - 69 96 74

Fax 04322 - 69 96 75

Mobil 0171- 41 56 475

E-Mail info@ronald-buessow.de

Internet ronald-buessow.de



-  • Parkplätze vor der Fabrik (Fa. Elwardt)
- an der Straße entlang, **nicht** halb auf dem Bürgersteig
- gegenüber auf der Wiese

Anhörungen

4.3.2003

- **Beteiligungsverfahren zur Neufassung der Landesverordnung über die Pflichtstunden-Ermäßigung für Personalräte der Lehrkräfte (Anhörung)**

- bearbeitet von Olaf Peters -

Sehr geehrte Frau Dr. Pabst, anliegend übersende ich Ihnen die Stellungnahme des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh). Auffällig ist, dass Sie uns, trotz deutlicher Kritik im Januar 1993, dieses Mal auch wieder nur ca. 4 Wochen Zeit für eine Stellungnahme geben. Es war uns deshalb nicht möglich, umfassend zu überprüfen, ob Ihre Aussage, dass eine Verringerung der Pflichtstundenzahl vertretbar erscheint, richtig ist. Die Rückmeldungen, die der s/vsh erhalten hat, bestätigen Ihre Vermutung nicht.

Die von Ihnen angesprochenen in zwölf Jahren erworbenen Erfahrungen im Umgang mit dem MBG Schleswig-Holstein haben dem s/vsh gezeigt, dass die von den Schulleitungen erwarteten Mehrbelastungen eingetreten sind. Über einen zeitlichen Ausgleich für Schulleitungen aufgrund der gemeinsamen Arbeit mit den Personalräten, die das MBG verlangt, bewahrt das Ministerium Stillschweigen, obwohl es die Mehrbelastung durch das Erlassen einer Freistellungsverordnung anerkannt hat, leider bisher nur für eine Seite. Die Veränderungen durch Verlagerung von Zuständigkeiten an die

Schulen im Rahmen der Dezentralisierungsprojekte stellen eine Erweiterung der Zusammenarbeit von Schulleitung und Personalrat dar. Hierfür kann der s/vsh keinen zeitlichen Ausgleich erkennen, weder für die Schulleitungen, noch für die örtlichen Personalräte. Auch die Umsetzung der geplanten Maßnahme „Geld statt Stellen“ bedeutet für Personalräte und ihre Dienststellenleitungen neue Arbeitsbelastungen.

In Ihrem Entwurf (Dezember 1993) zu der jetzigen Landesverordnung ließen Sie erkennen, dass Sie den geplanten Umfang der Freistellung für **nicht ausreichend** hielten, eine notwendige Erhöhung aus Kostengründen aber nicht vornehmen konnten. Jetzt behaupten Sie in der Begründung für die Neufassung der LVO, der bisherige Umfang der Freistellungen sei zu groß gewesen. Dem kann der s/vsh auf keinen Fall zustimmen.

Da die Obergrenze der Freistellungsstunden unter der bisherigen Zahl liegen soll, verzichtet der s/vsh auf eine erneute detaillierte Stellungnahme und verweist auf die vom Januar 1994.

Der s/vsh bedauert es sehr, dass es auch in Zukunft Schulen mit einem

Personalrat (3 Personen) geben wird,

der **keine** Freistellung erhalten soll.

2. Februar 2003

- **Erlass „Lernpläne an allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein“ und „Änderung der Orientierungsstufenverordnung“**

Sehr geehrte Frau Dr. Köster-Bunselmeyer, der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) folgt Ihrer Bitte um Stellungnahme zu den o. a. Entwürfen gern.

- **Stellungnahme zum Erlass „Lernpläne an allgemeinbildenden Schulen in Schleswig-Holstein“**
(bearbeitet von Klaus-Ingo Marquardt)

Der s/vsh stimmt mit der grundsätzlichen Intention überein, ein **Instrument und Dokument lernprozessbegleitender Diagnostik, pädagogischer Reflexion und individueller Förderung** zu schaffen.

Unser Verband ist aber der Auffassung, dass der vorgestellte Lernplan dazu nur eingeschränkt geeignet ist, weil er u.E. nicht zum Instrument der Berichtszeugnisse passt. Auf einer Arbeitstagung des s/vsh wurde der Erlass eingehend beraten. Die Ergebnisse der Diskussion sollen hier dargestellt werden.

Während in den Berichtszeugnissen auch Mängel überwiegend positiv und ermutigend zu formulieren sind, erhalten die Eltern gleichzeitig durch den

Lernplan eine Auflistung von Schwächen und Mängeln. Wir wissen, dass viele Eltern aus dem Berichtszeugnis das herauslesen, was sie herauslesen möchten. Feine Nuancierungen in der sprachlichen Ausgestaltung der Berichtszeugnisse werden nicht wahrgenommen und können erst im persönlichen Gespräch verdeutlicht werden. Zwei Dokumente erhöhen die Verständlichkeit nicht, sondern tragen eher zu weiteren Missverständnissen bei.

Wir schlagen deshalb ein Instrument vor, das landesweit unter dem Begriff „Tabellenzeugnis“ bekannt geworden ist. Diese Art von Berichtszeugnis lässt sich

optimal mit einem Lernplan verbinden, beinhaltet daneben aber noch eine Reihe weiterer Vorteile, die an den Anfang der Betrachtung gestellt werden sollen.

Das vom Schulleiterverband favorisierte „Tabellenzeugnis Dannewerker Modell“ basiert auf dem **Lehrplan für Grundschulen** und beinhaltet eine Zusammenfassung von Minimalanfor-

derungen für die Fächer Deutsch und Mathematik der Klassenstufen 3 und 4. Das „Tabellenzeugnis Dannewerker Modell“ wurde im Kreis Schleswig-Flensburg von erfahrenen Schulräten, Schulleitern, Lehrerinnen und unter Beteiligung der Elternvertreter der betroffenen Schulen über mehrere Jahre erarbeitet und angewendet. Die Zustimmung der Eltern nach Einführung dieser Form ist außerordentlich hoch.

Das „Tabellenzeugnis“ erfüllt in hohem Maße die Forderung nach **Standardisierung und Vergleichbarkeit** und verhindert dadurch subjektive Auswahl und Gewichtung von Lernzielen durch die einzelne Lehrkraft. Dieser Aspekt erfüllt die neuesten schulpolitischen Forderungen nach Auswertung der PISA-Studie.

Das „Tabellenzeugnis Dannewerker Modell“ basiert auf den **Minimal-Anforderungen**. Es spricht nichts dagegen, wenn Schulen im Rahmen der Stärkung der Eigenverantwortung und im Zuge der Schulprogrammarbeit eine Erweiterung der Beschreibung vornehmen.

In allen wesentlichen Leistungsbereichen wird der Leistungsstand des Kindes unmittelbar sichtbar. **Es wird sofort deutlich, wo „Gefahr im Verzuge“ ist.**

Alle Zeugnisse einer Schule sind in der gleichen Diktion abgefasst. Bei Klassen- bzw. Lehrerwechsel ist die Umstellung auf eine „neue Sprache“ nicht erforderlich.

Von den Lehrkräften hat eine sorgfältige und ständige Leistungsbeobachtung zu erfolgen und diese ist laufend zu dokumentieren, da ohne diese sachgerechte Aussagen im Zeugnis nicht gemacht werden können. **Dieses führt unmittelbar zu schnellerem Erkennen von Defiziten und zur Entwicklung von Strategien zur Behebung derselben.**

Die Zeugnisaussagen können in **fremde Sprachen** übersetzt werden. Somit können Eltern, die über unzureichende Deutschkenntnisse verfügen, die Leistungsentwicklung ihrer Kinder genau verfolgen. Es liegen bereits Übersetzungen für russisch, türkisch und arabisch vor.

Es wird deutlich, dass durch die **Darstellung sowohl der Stärken als auch der Schwächen in einem Dokument**, die Vorteile gegenüber dem geplanten Lernplan überwiegen.

Das oben beschriebene **Instrument und Dokument lernprozessbegleitender Diagnostik, pädagogischer Reflexion und individueller Förderung** liegt mit dem „Tabellenzeugnis“ vor, denn für die deutlich beschriebene

nen Defizite jedes einzelnen Kindes können und müssen jetzt zwischen Lehrerinnen und Eltern klare Strategien

und Abmachungen über die Behebung oder Milderung dieser Defizite entwickelt und verabredet werden. Die Defizite gehen direkt aus dem Zeugnis hervor, nicht aus einem separaten Dokument. Die Dokumentation von Stärken einerseits und erkannten Schwächen andererseits macht dem Kinde Mut und motiviert zu Anstrengungen im vereinbarten Lernbereich. Die isolierte Darstellung der Mängel und Schwächen fällt weg.

Die zwischen Lehrerinnen und Eltern getroffenen Vereinbarungen werden im Zeugnis dokumentiert und durch Unterschrift der Eltern bestätigt. Nach angemessener Zeit ist zu überprüfen, ob die Vereinbarungen eingehalten wurden (**Evaluation**).

Wenn der Entwicklungsbericht mit Schulartempfehlung wegfällt, müssten die Tabellenzeugnisse auch in Klasse 4 ausgegeben werden. Für die Fortschreibung der eingeleiteten Fördermaßnahmen an den weiterführenden Schulen ist eine lückenlose Dokumentation auch in Klasse 4 erforderlich. Dort könnten dann zusammenfassende Noten für jedes Fach hinzugefügt werden. Das bisherige Notenzeugnis in

Klasse 4, teilweise schon in Klasse 3, entfielen.

Das Verfahren tabellarischer Zeugnisse wird an den Gesamtschulen schon lange praktiziert und auch die Universität Flensburg lässt die Hauptpraktikanten mit diesem Instrument beurteilen.

Das beschriebene Verfahren stellt **eine** Möglichkeit dar und wird auch im s/vsh noch weiter diskutiert werden.

- **Stellungnahme zur geplanten Änderung der Orientierungsstufenverordnung**

(bearbeitet von Olaf Peters)

- **Der neue § 1**

erscheint nur verschlankt, ist inhaltlich aber akzeptabel.

- **Beim neuen § 2**

fällt auf, dass die Parallelarbeiten durch ihre Nennung einen besonderen Stellenwert erhalten. Warum diese Sonderstellung gewünscht wird, ist nicht zu erkennen.

Der s/vsh schlägt eine neue Formulierung vor: statt „...sowie die Ergebnisse von Parallelarbeiten...“ sollte es heißen „...einschließlich aller Leistungen...“. Es bleibt fraglich, ob mit der Nennung der Parallelarbeiten ein Weg vorgezeichnet ist, der von den Parallelarbeiten über Vergleichsarbeiten wieder bis hin zu einer Aufnahmeprüfung führt.

Sollten mit der neuen Formulierung **Standards für die Orientierungsstufe** festgelegt werden, wird das begrüßt.

Randbemerkung: aus dem letzten Satz lässt sich folgern, dass die Orientierungsstufe aus den Schularten herausgenommen wird und dass die Sekundarstufe I erst mit Klassenstufe 7 beginnt.

Zu dem **neuen § 3**:

Bei der verpflichtenden Beratung für die Eltern durch die empfohlene und die gewünschte Schule werden die Schulleiterinnen und Schulleiter von Realschulen doppelt belastet, weil sie sowohl bei der Abweichung von Hauptschule zur Realschule als auch bei der Abweichung von der Realschule zum Gymnasium die Eltern beraten müssen.

Bei diesen Gesprächen, die nur auf der Grundlage von Akten geführt werden, soll die einzige Lehrkraft, die das Kind wirklich kennt, nämlich die Lehrerin oder der Lehrer der Grundschule, ausgeschlossen sein; ein Umstand, der vom s/vsh mit Unverständnis bemerkt wird. Der s/vsh stellt fest, dass eine Beratung der Eltern durch die gewünschte Schulart völlig ausreichend wäre, die gemeinsam durchzuführende Beratung sollte gestrichen werden.

Der letzte Satz im neuen § 3, Absatz 6 sollte gestrichen werden zu Gunsten von: „Bei Abweichung darf die weiterführende Schule nur dann aufnehmen, wenn ein Beratungsgespräch stattgefunden hat.“ (*) Damit wäre eine Praxisnähe erreicht, die aus der Formulierung „Kommen die Eltern dieser Beratung nicht nach....“ sich nicht ableiten lässt.

- Zu dem **neuen § 4**:

Erfahrungsgemäß halten sich viele Eltern nicht an die Empfehlung der Grundschulen, also werden viele Beratungsgespräche geführt werden müssen. Damit ergibt sich das Problem, wann die verpflichtenden Beratungsgespräche überhaupt stattfinden sollen. Sinnvoll erscheinen sie nur in der Zeit zwischen der Informationsveranstaltung der weiterführenden Schulen und dem Anmeldezeitraum.

Diskutiert wurde im Verband, ob die neu vorgeschlagene Formulierung (*) des §3 nicht auch als zusätzlicher Absatz im § 4 erscheinen sollte.

Der s/vsh stellt sich die Frage, welche Auswirkungen Klagen von Eltern haben können, denen eine angestrebte doppelte Abweichung, die nach dem neuen § 4 nicht möglich

sein soll, verwehrt bleibt. In dem Zusammenhang ist zu erwähnen, dass auch die o.a. Parallelarbeiten durch eine Hintertür zu Teilen eines Verwaltungsaktes werden, wenn die Formulierung so bestehen bleibt.

- Zu dem **neuen § 6:**

Es wird als sinnvoll erachtet, dass die Verzahnung von Primar- und Sekundarstufe angestrebt wird. Es ist aber nicht einzusehen, weshalb die Schulen der Schulaufsicht gegenüber einen Nachweis über die Zusammenarbeit führen sollen, diese Zuständigkeit sollte allein bei den Schulen liegen.

- Zu dem **neuen § 7:**

Im ersten Absatz erscheint die Formulierung „... mit den Eltern abzustimmen...“, besser wäre hier „... mit den Eltern zu erörtern...“, weil sonst die Elternwünsche zu viel Gewicht erhielten.

Im zweiten Absatz sollte die Forderung nach regelmäßiger Fortschreibung konkretisiert werden, so wie in der alten OStO.

Dieser Absatz suggeriert außerdem die Fähigkeit der Klassenlehrkräfte zu allmächtigen Zauberkunststücken. Die Schulwirklichkeit wird nicht beachtet, wenn einfach gefordert wird, dass „Fördermaßnahmen

... einzuleiten“ sind. Da mit dem Einleiten mehr als Beratung gemeint ist, muss auch gesagt werden, woher z.B. die zusätzlichen Stunden für Fördermaßnahmen genommen werden sollen. Dies unterbleibt aber in der Orientierungsstufenordnung. Also ist diese Formulierung „einzuleiten“ zu streichen, allenfalls zu ersetzen durch „zu besprechen“, damit die Eltern nicht irgendwelche Forderungen an die Schule aus diesem Absatz ableiten können.

Der s/vsh fordert, dass der alte § 8, 2 wieder aufgenommen wird, da es problematisch erscheint, wenn Schülerinnen und Schüler nur noch zum Schuljahresende die Schulart wechseln können (so der neue § 8, 6). Falsch orientierte Kinder, über- und unterforderte Kinder blieben somit viel zu lange in der falschen Schulart und es kann weiterhin zu den bekannten Störungen der einzelnen Kinder und der Gruppe kommen.

Damit auch für die Hauptschulen eine gewisse Planungssicherheit erreicht wird, könnte die Forderung auch lauten, dass nur zum Schulhalbjahr ein Schulwechsel ermöglicht wird.

In den Paragraphen, in denen bei

Entscheidungen Bezug genommen
wird auf einen **Lernplan**, verweist
der s/vsh auf die Stellungnahme

(A) zu Ihrem Entwurf.

Anlage: Musterzeugnis mit dazugehö-
rigen Mindestanforderungen

Informationen aus der Geschäftsstelle

Seit Januar 2003 sind die folgenden
Kolleginnen und Kollegen Mitglieder im
s/vsh geworden.

**Wir begrüßen alle sehr herzlich in
unseren Reihen.**

Unsere Arbeitskreise stehen allen of-
fen, die aktiv an der Verbandsarbeit
teilnehmen wollen. Wenden Sie sich
dazu an die zuständigen Sprecherin-
nen und Sprecher.

Rektor	Gerd Freiwald	Klosterhof-Schule	Itzehoe
Rektor	Jan Stargardt	Schule am Burggraben	Krempe
Rektorin	Beate Hammerschmidt	Schule Vogelsang	Ascheberg
Konrektorin	Sabine Brüning	Wilhelminenschule	Schleswig
Rektor	Hauke Landt-Hayen	Theodor-Möller-Schule	Kiel
Rektorin	Karen Frers	Schulzentrum Am Himmelsberg	Moorrege
Rektor	Hauke Thormählen	GHS Nahe	Nahe
Rektor	Wolfgang Gruchot	Realschule Malente	Bad Malente
Rektorin	Ursula Lehmann	Realschule Tarp	Tarp
Konrektor	Berndt Schmidt	Städt. Realschule Nortorf	Nortorf
Rektorin	Angelika Speck	Grundschule Alveslohe	Alveslohe
Rektorin	Sabine Hamer	Realschule Ramskamp	Elmshorn
Rektor	Bernd von Tiesenhausen	GS Appen	Appen
Rektorin	Sabine David-Gleißmann	Brüder-Grimm-Schule (GS)	Rellingen
Rektorin	Jeanette Burat	Mühlenweg-Schule	Lübeck
Rektor	Sven Wiezorek	Schule am Hochkamp	Bad Schwartau
Rektor	Gerhard Lühr	HS Falkenberg	Norderstedt
Rektor	Norbert Mumm	Schule Altstadt	Rendsburg
Rektorin	Heike Wulff-Dose	GS Oeversee	Oeversee
Konrektor	Achim Kupke	Freiherr-vom-Stein-Schule (RS)	Neumünster
Rektorin	Ursula Harms	GHS Hörnerkirchen	Brande-Hörnerk.
Rektorin	Marit Schmaljohann	GS Grönwohld	Grönwohld
Rektor	Franz-Josef Scholz	GS Eichholz	Lübeck

Statistik - online?!

- Uwe Niekel -

Kurz nach den Sommerferien ist es wieder so weit. Ein je nach Schulgröße unterschiedlich dicker brauner A4 Umschlag liegt in der Post. Meistens nehme ich ihn in die Hand und ahne, dass er viel Zeit kosten wird, die ich eigentlich lieber effektiver einsetzen würde. Ein kurzer Blick hinein bestätigt dies. Der Umschlag wird gleich wieder geschlossen, wenn der Blick auf die Bögen der Jahresschulstatistik fällt. Bis zum Stichtag ist noch viel Zeit. Zeit auch für Erinnerungen an die Jahre davor.

In den ersten zwei Jahren nach Übernahme einer Schulleitungsstelle habe ich noch erheblich mehr Stunden mit der Jahresstatistik verbracht als heute. Mit dem Ehrgeiz, es in diesem Jahr fehlerlos machen zu wollen, habe ich - selbstverständlich computerunterstützt - mit den Zahlen meiner Schule jongliert. Hier eine Kontrollsumme für Stunden in besonderer Verwendung, dort eine Quersumme deutscher Staatsbürgerschaft aber im Förderunterricht für Kinder nichtdeutscher Muttersprache, und dann noch eine Spaltensumme, darunter weiblich und nicht am Schulort wohnend galt es zu bilden.

Beim Bearbeiten der Lehrerstatistik schwankte der Gemütszustand zwi-

schen Ärger über das unglückselige Format der Lehrerlisten und Mitleid mit den Kolleginnen und Kollegen, deren Endloscomputerausdruck im Querformat mit 5 Durchschreibesätzen noch dicker war als mein Päckchen mit maximal 25 Lehrkräften. Gab doch dieser Papierstapel bei jedem Zwischendurchtelefonat regelmäßig der Schwerkraft nach und rutschte entweder vorn oder hinten teilweise oder ganz und Blatt für Blatt wie eine Kette vom Schreibtisch.

Uuups, was ist das für ein Rechenergebnis: 1200 Schüler befinden sich in besonderen Unterrichtsmaßnahmen? Deine Schule hat doch nur gerade 400. Der Griff zum Telefon bringt vom Schulamt die freundliche Auskunft: „Das ist von Ihren Kollegen noch niemandem aufgefallen. Eigentlich kann das aber nicht sein.“ Die Frage „Sollen wir oder rufen Sie beim StaLa an?“ und die Verabredung zur gegenseitigen Information waren immer das Ende dieser Telefonate. (In diesem besonderen Fall war die dreifache Schülerzahl der Gesamtschülerzahl übriges richtig. Was da wohl landesweit herausgelesen werden sollte?)

Mit zunehmenden Schulleiterdienstjahren schwand mein Ehrgeiz zur fehlerlo-

sen „Statistik auf Anhieb“. Zeigte die Erfahrung doch jährlich, dass trotz großem Einsatz meinerseits an irgendeiner Stelle der Statistik etwas anderes gefragt war als ich darunter verstanden und aufsummiert hatte. Eine telefonische Fehlerkorrektur durch eine Mitarbeiterin des Schulamtes war dann die regelmäßige Folge. „Und wenn man dann sowieso miteinander telefoniert“, habe ich mir gedacht, „kann ich im Vorfeld etwas an Kontrollrechenzeit sparen.“

Mit diesen zeitfressenden und unnützen Tätigkeiten im Zusammenhang mit der Schulstatistik soll nun Schluss sein. Effektive Erfassung der für die Bildungsplanung notwendigen Daten ist angesagt. Damit wird dann hoffentlich auch eine Schuljahresplanung auf Basis der Daten des letzten Schuljahres möglich. Derzeit wird mit den Daten des vorletzten Schuljahres geplant, weil die aktuellen Daten nicht so schnell zur Verfügung stehen.

Mit dem Erlass zur **„Umstellung der Erhebung statistischer Daten für Zwecke der Schulaufsicht, -verwaltung und -planung (sog. Schulstatistik) an allgemeinbildenden und berufsbildenden Schulen auf Schüler-einzeldatensätze“** vom 12.11.2002 wurde ein seit Jahren überfälliger Schritt getan. Die Statistikdaten sollen

nun „elektronisch“ abgegeben werden. Die Zeiten, in denen Schulleitungen und/oder Schulsekretärinnen vor einem Bildschirm sitzen und die Zahlen vom Bildschirm auf Statistikbögen abschreiben, damit diese dann im Statistischen Landesamt oder der Datenzentrale wieder von den Papierlisten von Hand in den Computer getippt werden, sind endgültig beendet.

„Wirklich?“, werden sich nun skeptische Leser angesichts der häufigen Ankündigung dieser Umstellung fragen. „Ja, wirklich!“ kann ich den Skeptikern sagen. Ein erster großer Schritt in diese Richtung ist getan. Seit Schuljahresbeginn wird intensiv daran gearbeitet, dass zumindest die Erhebung der Schüler- und Lehrerdaten im Jahr 2003 elektronisch erfolgen kann. Die Softwarefirmen Zi_Soft (dBs 2000), Wulf (SCOLA), Ostertun(Gymnasium) und Ramcke Datentechnik (WinSchool) kooperieren in einer auf Initiative des Ministeriums ins Leben gerufenen Arbeitsgruppe eng mit der Statistikabteilung des Ministeriums und dem statistischen Landesamt. Im Kreis Dithmarschen läuft ein Pilotprojekt dazu, das ich im Auftrag des Ministeriums betreue. Ein erster Test der Schulverwaltungsprogramme ist bereits erfolgreich durchgeführt worden, mindestens ein zweiter wird noch im laufenden

Schuljahr erfolgen. Im September soll dann das getestete Verfahren auf ganz Schleswig-Holstein ausgedehnt werden. An dieser Stelle möchte ich nicht versäumen den Kolleginnen und Kollegen in Dithmarschen einmal für die in der Testphase entstandene und bereitwillig übernommene zusätzliche Arbeit zu danken.

Was geschieht im Rahmen dieser Umstellung und was kommt auf die einzelnen Schulverwaltungen zu?

Für die elektronische Statistik erweitern die Softwarehersteller ihre Schulverwaltungsprogramme so, dass diese die vom Ministerium gewünschten Daten auf Knopfdruck auf eine Diskette exportieren. Die Diskette wird dann statt der bisherigen Papierbögen eingeschickt.

Von der Beschreibung her ist es ein kleines Vorhaben, das aber im Detail viel Arbeit macht und viele und exakte Absprachen erfordert, die dann softwaretechnisch umgesetzt werden müssen. Nach einem Update der Software vermutlich irgendwann im August/September wird in der Schule dann lediglich noch eine Diskette eingelegt und im Schulverwaltungsprogramm von der Sekretärin oder der Schulleitung ein Knopf gedrückt. Schon ist die Schülerstatistik fertig.

Für die Lehrerstatistik liefert das Statistische Landesamt den Lehrerbstand auf einer Diskette. Anstatt auf Papier wird nun in den Dateien der Diskette geändert und ergänzt. Ein spezielles Programm ist dafür nicht erforderlich. Wer möchte, kann sich die Daten, die auf dem Datenträger weggegeben werden, auf jedem Windowsrechner mit einem Doppelklick ansehen. Die Schülerdaten sind anonymisiert, die Lehrerdaten entsprechen den Angaben auf den bisherigen Datenblättern. Der Versand in dieser Form ist vom Datenschutzbeauftragten des Landes abgesegnet.

Im Gegensatz zu den eingangs geschilderten Zahlenjonglagen werden zukünftig „Schülerrohdaten“ weitergegeben. Eine Summenbildung jeglicher Art entfällt in der Schule. Sie erfolgt nun zentral im Statistischen Landesamt, was die Fehleranfälligkeit erheblich verringert. Im Erlass steckt dies hinter der Bezeichnung „Schülereinzeldatensätze“. Beim ersten Test in Dithmarschen hatten die Daten für eine Schülerin bzw. Schüler diese Form:

0211	SA	2002	0702164	2
	1	030	4A	1
	17.03.1993	000		04
	03	01		100
	3		2	01

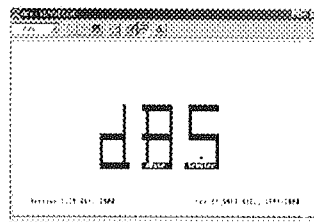
Das geübte Auge erkennt darin sicherlich noch die Kennzeichen der Statistikerhebung, eine Dienststellennummer, eine Klassenbezeichnung und ein Datum.

Diese Daten können aus einer Schulverwaltungssoftware schnell exportiert werden. Schulen, die eine Schülerverwaltungssoftware bislang nicht nutzen, können diese Daten mit einem kostenlosen Softwaretool des Statistischen Landesamtes für jeden einzelnen Schüler in eine Art elektronische Tabelle eingeben.

Diese Eingaben müssen dann jährlich erforderlich. Die Anschaffung einer Schülerverwaltungssoftware ist deshalb der sinnvollere und effektivere Weg. Dort wird der aktuelle Schülerbestand einmalig eingegeben. Im Laufe des Jahres werden Änderungen eingepflegt und zur nächsten Jahresstatistik hat man die Daten auf Knopfdruck parat.

Welche Voraussetzungen sind für „Statistik Online“ zu erfüllen?

Alle Softwarefirmen informieren ihre Kunden unaufgefordert über erforderliche Updates oder Upgrades bzw. ab welcher Softwareversion die Online-Statistik fehlerlos erstellt werden kann. Damit es nicht zu plötzlichen Überraschungen nach den Sommerferien kommt, folgen hier bereits einige Hinweise zu den häufigsten Produkten.



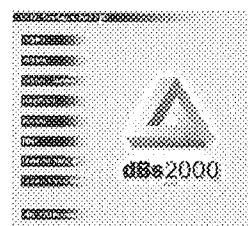
Schulverwaltungssoftware dBS der Firma ZI_SOFT_KIEL dBS (DOS-dBS)

Die dBS Software wird immer noch in zwei völlig unterschiedlichen Varianten genutzt. Das alte dBS (blauer Bildschirm mit weißer Schrift) wird vom Softwarehersteller nicht weiter unterstützt.

Nutzer dieses Programms müssen auf ein anderes Schulverwaltungsprogramm umsteigen. Die Datenübernahme ist dabei unproblematisch. Unter Umständen wird die Anschaffung einer neuen Hardware erforderlich. Neuere Schulverwaltungsprogramme wie dBS2000 und SCOLA laufen durchweg unter einem Windows-Betriebssystem von Windows95 an aufwärts.

Das Upgrade von der DOS-Version auf die Windows-Version kosten 298 €. Hinzu kommt das Statistik-Online Modul mit 98 €.

Schulen mit weniger als 100 Schülern erhalten 50% Ermäßigung.



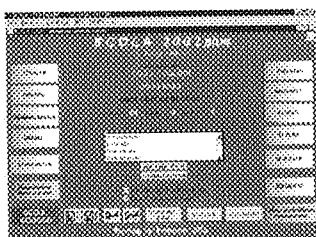
dBS 2000 (Windows dBS)

dBS 2000 Nutzer müssen für 98 € das Statistik-Online Modul anschaffen. Es wird ihnen mit einem Anschreiben des

Softwareherstellers automatisch angeboten. Von Nutzerseite sind in diesem Fall keine weiteren vorbereitenden Maßnahmen zu treffen.

Schulen mit weniger als 100 Schülern erhalten 50% Ermäßigung.

Weitere Informationen finden Sie auf der Homepage der Firma unter <http://www.zi-soft-kiel.de/>



Schulverwaltungssoftware Scola der Fa. Wulf

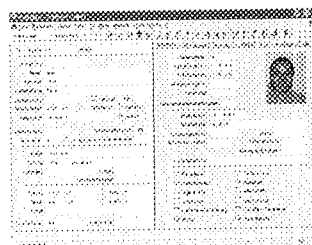
Bei der Schulverwaltungssoftware SCOLA ist das Statistik-Online Modul zusammen mit allen anderen Programmerweiterungen und Ergänzungen im üblichen Jahresupdate der Software enthalten (Statistik-Service-Paket). Diese Update ist wie in der Vergangenheit für 98 € erhältlich und wird den Nutzern vom Hersteller automatisch angeboten.

Für Einsteiger in die EDV-gestützte Schulverwaltung bietet die Firma Wulf ein Startpaket mit der Schülerverwaltung und der neuen Statistik aber ohne erweiterte Funktionen zum Preis von 98,- € an.

Für Umsteiger von dBase-Datenbanken bietet die Firma die vollen Funktionen der SCOLA-Schulverwaltung mit dem Statistik-Service-Paket zum Preis von

98,- € an. Eine Datenübernahme ist möglich.

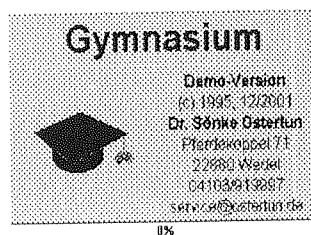
Weitere Informationen auch zum Funktionsumfang der einzelnen Angebote finden Sie auf der Homepage der Firma unter <http://www.scola.de/>



Schulverwaltungssoftware Winschool der Fa. Ramcke Datentechnik

Nutzer, die bereits das Statistik Modul in der Vergangenheit gekauft haben, erhalten kostenlos und unaufgefordert ein Update für die Statistik Online Erweiterung.

Nutzer, die bisher das Statistik Modul nicht erworben haben, müssen dieses kaufen. Für Grund- und Förderschulen beträgt der Preis 148 € , für Haupt-, Real- u. Gesamtschulen und für Gymnasien beträgt der Preis 250 € jeweils zuzüglich Mehrwertsteuer. Weitere Hinweise finden Sie auf der Homepage der Firma unter <http://www.rdt.de>



Schulverwaltungssoftware Gymnasium der Fa. Osterlun Software

Nutzer, die bereits das Statistik Modul in der Vergangenheit gekauft haben,

erhalten kostenlos und unaufgefordert ein Update für die Statistik Online Erweiterung. Wer dieses Modul noch nicht erworben hat, muss dies zum Preis von 480 € inklusive Mehrwertsteuer anschaffen. Weitere Hinweise finden Sie auf der Homepage der Firma unter <http://www.ostertun.de>

Und was muss ich in meiner Schule jetzt tun?

Hier lassen sich zwei Fälle unterscheiden.

1. Sie benutzen DOS dBS oder gar keine Software zur Verwaltung der Schülerdaten:

- Lassen Sie von einem Fachmann vor Ort erkunden, ob der Schulverwaltungsrechner mit einem Windows Betriebssystem ab Windows 95 sinnvoll arbeitet.
- Lassen Sie das Windows Betriebssystem gegebenenfalls installieren oder kaufen Sie neue Hardware mit installiertem Windows.
- Entscheiden Sie sich für eine Schülerverwaltungssoftware und schaffen Sie sie an. Bei der Auswahl empfehle ich dringend die Beteiligung der Sekretärin. Sie wird damit ei-

nen erhebliche Teil ihrer Arbeitszeit arbeiten und sollte möglichst gut damit umgehen können. Unentschlossene können sich kostenlose Demo-Versionen von den Herstellern zuschicken lassen oder auf der Messe Schule und Computer in Norderstedt am 13. Mai 2003 die Hersteller besuchen (siehe auch <http://schuleundcomputer.lernnetz.de>)

2. Sie benutzen bereits eine Software, die im Rahmen der Kooperation mit dem Ministerium vom Hersteller an Statistik Online angepasst wird.

- Warten Sie auf das angekündigte Schreiben des Softwareherstellers zum Update.
- Die Wartezeit verbringen Sie mit der Pflege Ihrer Schülerdaten entsprechend allen Eingabemöglichkeiten der benutzten Schulverwaltungssoftware. Aus der Erfahrung weiß ich, dass einige Felder in den Schülerdatensätzen gerne frei bleiben. Wenn genau diese im September abgefragt werden, muss irgendjemand dies für alle

Schülerinnen und Schüler auf einen Schlag nachtragen.

Und warum heißt es Statistik *Online*?

Der Name beschreibt das Ziel. Das geschilderte Diskettenverfahren ist nicht die endgültige Version und rechtfertigt die Bezeichnung „online“ in keinsten Form. Die Online Übertragung der Daten ist und war von Anfang an geplant und wird realisiert, sobald die Zuständigkeiten für die Finanzierung des vom Datenschutzbeauftragten des Landes genehmigtes Online-Übertragungsverfahren geklärt sind.

Für die Schulleitung wird sich allerdings kaum noch etwas ändern. Der Knopfdruck in der Schulverwaltungssoftware wird bleiben, nur der Datenexport erfolgt nicht mehr auf Diskette sondern über eine Telefonleitung direkt auf einen zentralen Rechner. Die Lehrerdaten werden weiterhin am Bildschirm bearbeitet aber auch zentral im Land gespeichert.

Es bleibt zu hoffen, dass die letzte Hürde dafür bald genommen wird und im Zuge der landesweiten Vernetzung der Schulverwaltungsrechner auch der E-Mail Versand vom Verwaltungsrechner im Einklang mit geltendem Recht möglich wird.

Ich habe noch eine Frage ...

Stellen Sie diese einfach an:

Uwe Niekel, Grundschule Brunsbüttel Nord,

Telefon 04852 - 2321

oder Fax 04852 - 982070,

Email: uniekel@slvsh.de

oder auf der Messe Schule und Computer während der von mir angebotenen Workshops oder außerhalb dieser Zeiten am Stand des Landesbildungsservers.

Qualitätsverhinderung durch Verregelung (Teil 1)

- Fr. Mahlmann -

Fünf Fallbeispiele: Wie Gesetze und Behörden verhindern, dass die Schule besser wird – eine Satir von Friedrich Mahlmann, dem Autor des Buches „Pestalozzis Erben“ (Anmerkung der Redaktion: höchst empfehlenswert!!!)

Im Dezember 2001 war es soweit. Da erschien PISA. Die internationale Schulvergleichsstudie. Sie hat wieder gezeigt: Die deutschen Schulen sind allenfalls mittelmäßig, eher darunter. Die Gründe dafür sind vielfältig, aber zu den schwerwiegendsten gehört gewiss die deutsche Gründlichkeit, mit der wir unser Bildungswesen reguliert, über einen Kamm geschoren, mit dem lähmenden Kleister des öffentlichen Dienstrechts überzogen haben.

In unseren Schulen regieren Gesetze, Erlasse und Verfügungen, exekutiert von einer Schulaufsicht, in der die Pädagogik hinter die Juristerei zurücktritt - immer schön im Sinne der Chancengleichheit und Rechtstaatlichkeit. Die Erbarmungslosigkeit, mit der wir in diesem Land das einmal als richtig Erkannte pervertieren, macht uns so schnell keiner nach. Fünf Beispiele zeigen, wie Bürokratie und Dienstrecht die Schule daran hindern, besser zu werden. Alle Namen sind geändert; die Beschriebenen Begebenheiten haben sich so oder ähnlich zugetragen.

Fall 1: SUSANNE HÜTEMANN leitet seit sechs Monaten eine Grundschule auf dem Lande. Sie ist 42, die sechs

Kolleginnen an ihrer Schule deutlich über 50 und allesamt mit Gatten in gehobenen gesellschaftlichen Positionen: Landarzt, Apotheker, Bürgermeister und was es sonst noch so gibt rund um den Kirchturm.

Vor der Übernahme ihres neuen Jobs hat sich Susanne Hütemann in Personalführung fortgebildet und gelernt, dass Teilhabe an allen Entscheidungen das Verantwortungsgefühl der Mitarbeiterinnen stärkt.

Ihre Vorgängerin, die den dienst wegen einer vegetativen Dystonie (nervöser Erschöpfung) vorzeitig quittieren musste, hat der neuen Schulleiterin eine Kultur des Konsenses hinterlassen. Alle Kolleginnen sind sich einig, jede Unterrichtsstunde auf 40 Minuten zu verkürzen und jeden Geburtstag in der großen Pause mit Kuchen und einem Gläschen Sekt zu feiern. Während die Bürgermeistersgattin die Weihnachtsferien wegen der ausgezeichneten Schneebedingungen in den Dolomiten gerne um drei Tage verlängert, möchte die Arztgemahlin zwei Tage vor den Sommerferien einen Billigflug auf die Malediven nutzen.

Susanne Hütemann wi...

Fortsetzung in Heft 46

Die Aufgabenverteilung im s/v sh Ihre Ansprechpartner

Postanschrift:	Funktion im Vorstand	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
Geschäftsstelle	Klaus-Ingo Marquardt	04322-5650	04322-691493	04322-2362	04322-888922	kmarquardt@slvsh.de
Schulstraße 6	24582 Wattenbek					
	1. Vorsitzender	04121-84278	04121-82972	04106-73762	04106-78867	mdoppke@slvsh.de
Schwerpunkt	Name	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
Zeitung	Walter Rossow	04123-68310	04123683121	04101-372780	04101-372782	wrossow@slvsh.de
Fortbildung	Maren Böddener	04103-912170	04103-9121720	04103-88243	04103-912987	mboeddener@slvsh.de
Finanzen	Reinhard Einfeldt	04621-25029	04621-989965	04621-9990024	04621-24767	reinfeldt@slvsh.de
Homepage	Uwe Niekel	04852-2321	04852-982070	04825-9121		uniekel@slvsh.de
Kreisorganisation	Rolf Jacoby	04822-376710	04822-376715	04192-897440		arjacob@slvsh.de
Rechtsauskünfte	Karl-Heinz Werner	04121-79150	04121-791518	04121-91021		khwerner@slvsh.de
Arbeitskreise	Name	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
Neue Schulleiter	Ragna Bordel	04343-4214849	04343-421251	0170-247 8229		rbordel@slvsh.de
	Ekkehard Klahre	04193-760422	04193-760423	04193-95577	04193-3323	eklahre@slvsh.de
Kleine Schulen	Christiane Franz	04121-83806	04121-83804	04121-840844	04121-840990	cfranz@slvsh.de
Realschulen	Manfred Helmert	04342-1028	04342-1029	0431-697979		mhelmert@slvsh.de
FöZ - Integration	Nora Siegmund	0431-722933	0431-721069	0431-787894	0431-7859171	nsiegmund@slvsh.de
Anhörungen	Olaf Peters	04642-984600	04642-9846016	04641-933146		opeters@slvsh.de
Stellvertreter	Klaus-Ingo Marquardt	04322-5650	04322-888922	04322-2362	04322-888922	kmarquardt@slvsh.de
Pensionäre	Friedrich Jeschke			04371-2402	04371-3749	fjeschke@slvsh.de
Kreisobleute	Name	Tel. dienstlich	Fax dienstlich	Tel. privat	Fax privat	e-mail
NF	Hans-Jörg Rickert	04863-9150	04863-9151	04863-3609		hjricket@slvsh.de
HEI	Günter Orgis	0481-850 8630	0481-850 8615	0481-82244	0481-82 266	gorgis@slvsh.de
	Elke Reimers	04804-18110	04804-181122			
FL + SL	Bodo Konetschny	0461-851946	0461-851646	0461-63859		opeters@slvsh.de
	Olaf Peters	04642-984600	04642-9846016	04641-933146		uloeten@slvsh.de
RD + NMS	Uwe Löptien	04331-300720	04331-39390	04331-36341	04331-37052	rlindenthal@slvsh.de
OD	Ralf Lindenthal	04533-8166	04533-3513	04533-8772		higaertner@slvsh.de
OH	Hans-Jürgen Gärtner	04527-99750	04527-997599	04342-86473	04342-889819	mhelmert@slvsh.de
PLÖ	Manfred Helmert	04342-1028	04342-1029	0431-697979		
	Gabriele Killig	04522-503410	04522-503418	04522-6338		hfrauen@slvsh.de
IZ	Herbert Frauen	04124-4222	04124-937850	04128-234		hlandthayen@slvsh.de
KI	Hauke Landt-Hayen	0431-6006920	0431-7859556	04322-1081	04322-1081	eheidnjohnansen@slvsh
RZ	Elisabeth Heidn-Johannsen	04542-835667	04542-88280	04541-898338		eklahre@slvsh.de
SE	Ekkehard Klahre	04193-760422	04193-760423	04193-95577	04193-3323	
HL	Hartmut Quedzuweit	0451-1228477	0451-1228485	0451-23509		
PI	N.N.					

Der
s/vsh
mit
eigener
homepage
im
Internet

Aktuelle Informationen,
Wichtiges aus der Verbandsarbeit, Tagungstermine,
die neueste Zeitung, Archiv, Links und vieles mehr fin-
den Sie auch auf unserer homepage:

<http://www.slvsh.de>

Schauen Sie doch einfach mal rein !

Mehr **Zeit** für gute Schule



Schulleiterverband Schleswig-Holstein e. V.

Der Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) ist die **Interessenvertretung** für Schulleiterinnen und Schulleiter, Stellvertreterinnen und Stellvertreter **aller** Schularten Schleswig-Holsteins. Ihm gehören zur Zeit mehr als 420 Mitglieder an.

Unser Hauptziel ist es, die Rahmenbedingungen für Schulleitungen zu verbessern! Dabei machen wir deutlich, dass Führungsaufgaben **unverzichtbarer** Bestandteil von Schulleitungen sind. Gleichzeitig erarbeiten wir Konzepte für Schul- und Personalentwicklung und streben ihre Umsetzung an.

Der s/vsh vertritt die Belange seiner Mitglieder gegenüber

- dem Ministerium
- der Schulaufsicht auf allen Ebenen
- den Schulträgern
- den Eltern- und Schülervertretungen
- den Personalvertretungen
- der Öffentlichkeit
- der Wirtschaft
- den Gewerkschaften
- allen demokratischen Parteien
- anderen Verbänden, ...

Der Schulleiterverband (s/vsh) - die größte und stärkste Vereinigung von Schulleitungsmitgliedern in Schleswig-Holstein - ist in den Jahren seit seiner Gründung im Jahre 1991 zum akzeptierten und geforderten Gesprächspartner der o. g. Institutionen geworden. Ziel des Schulleiterverbandes Schleswig-Holstein (s/vsh) war und wird auch zukünftig die Stärkung des Zusammengehörigkeitsgefühls von Schulleitungen durch Gedankenaustausch und gegenseitige Unterstützung sein. Dafür wird weiterhin kontinuierlich daran gearbeitet werden, die Interessen des Schulleiterberufes in allen und für alle Schularten zu vertreten, wobei stets das Motto gelten wird:

Die Schulleitungen aller Schularten stärken und keine Schulleitung einer Schulart schwächen, denn: das schafft **WIR-GEFÜHL**, da im Kern **alle Schulleitungstätigkeit aller Schularten gleich ist** !

Gemeinsam sind wir stärker !

Werden auch Sie Mitglied im Schulleiterverband Schleswig-Holstein (s/vsh) und senden Sie noch heute Ihre Beitrittserklärung an die Geschäftsstelle¹ ab!

**Gemeinsam mit uns
Herausforderungen erkennen
Aufgaben anpacken
Probleme lösen**

¹ s/vsh

BEITRITTSERKLÄRUNG zum Schulleiterverband Schleswig-Holstein e.V. s/vsh

Name	Vorname		Geb. Datum	
Dienstbezeichnung/Funktion	Schulart	zuständiges Schulamt		
Name und Anschrift der Schule				Dienststellen-Nr.
Dienst-Telefon	Dienst-Fax	Privat-Telefon	Privat-Fax	e-mail
Privatanschrift				
Ort, Datum		Unterschrift		

Ich bin damit einverstanden, dass der Jahresbeitrag von € 60,00 einmal jährlich im voraus von meinem Konto abgebucht wird.

Bankinstitut	Bankleitzahl	Kontonummer
Eintrittsdatum	Unterschrift	

Ihre Wünsche, Anregungen, konstruktive Kritik sind uns wichtig und für eine effektive Verbandsarbeit unerlässlich. Also rufen Sie uns an oder schreiben Sie uns.

Ich habe folgende Anregungen für die Verbandsarbeit

Ich biete meine Mitarbeit an (pauschal, zu bestimmten Themen, speziellen Aufgaben)

Ich wünsche mehr Informationen zu folgenden Themen:

Bitte zurück an: **Schulleiterverband Schleswig-Holstein**
Schulstraße 6
24582 Wattenbek

oder per Fax an: 04322 - 88 89 22

Die letzte ...? –

– Walter Rossow –

SONNABEND, 25. JANUAR 2003

Freiwilliger Abschied vergoldet

Das freiwillige Ausscheiden der grünen Umwelt-Staatssekretärin Henriette Berg aus der Landesregierung wird von der Opposition kritisiert. Schließlich kassiert Berg auf Lebenszeit Pension.

Kiel

Christian Hauck

Den Christdemokraten kommt der Vorgang äußerst spanisch vor. Und möglicherweise ist er sogar rechtswidrig. Ein Politikum ist der vorzeitige Abgang von Umwelt-Staatssekretärin Henriette Berg (Grüne) allemal. Der Unions-Abgeordnete Johann Wade-phul hat bereits eine kleine Anfrage an die Regierung gerichtet, um die Hintergründe des Ausscheidens der 48-jährigen Diplom-Soziologin aus der Landesregierung zu erhehlen. Und auch in den Reihen des Koalitionspartners SPD brodelt es gewaltig. Abgeordnete sprechen offen von „Abzocke“ und „mangelnder

Pflichterfüllung“ der Grünen-Politikerin.

Worüber sich alle ärgern, ist die Entscheidung von Ministerpräsidentin Heide Simonis (SPD), die Staatssekretärin in den einstweiligen Ruhestand zu versetzen. „Es war ihr Wunsch,“ so die Regierungschefin zur Begründung. Doch damit hat die Sache einen Haken: Staatssekretäre werden normalerweise aus politischen oder sachlichen Gründen in den Ruhestand versetzt. Eigene „Rücktritte“ sind im Beamtenrecht nicht vorgesehen.

Für Berg ist die Entlassungsurkunde jedenfalls bares Geld wert. Drei Monate lang bekommt sie noch ihr volles Gehalt von knapp 9600 Euro, an-



Henriette Berg.

schliessend für fünf Jahre 7100 Euro monatlich. Nach dieser Zeit überweist ihr die Landeskasse bis zum Lebensende rund 2000 Euro monatlich.

„Mit diesen üppigen Versorgungsregeln wollte der Gesetzgeber das Risiko abfedern, dass Staatssekretäre tragen, weil sie von heute auf morgen entlassen werden können,“ so

der CDU-Rechtsexperte Wade-phul. Wenn Berg jetzt aus privaten Gründen um ihre Demission gebeten habe, widerspreche dies dem Geist des Besoldungsgesetzes.

Mit ihrer Kritik sitzt die CDU auf der sicheren Seite. Während der fast 38-jährigen Regierungszeit der Union sind im Norden fast keine Staatssekretäre vorzeitig ausgeschieden. Die Amtschefs versahen ihren Dienst bis zur Pensionierung. In der 10-jährigen Amtszeit von Simonis sind bereits 18 Staatssekretäre mit hohen Pensionen ausgeschieden. Vor Berg hat Simonis schon einmal eine Entlassung „auf eigenen Wunsch“ ausgesprochen: 1998 bat Finanz-Staatssekretär Jochen Lohmann um den goldenen Handschlag. Kurze Zeit später bereits heuerte er bei dem Computer-Unternehmen SAP als Berater an und löste damit die Kieler „Filz“-Affäre aus.

Kein Urlaubsgeld mehr für Nord-Beamte?

Kiel

höv

Schleswig-Holsteins Beamte werden absehbar auf ihr Urlaubsgeld und 20 Prozent ihres Weihnachtsgeldes verzichten müssen. Finanzminister Ralf Stegner (SPD) geht davon aus, dass die Länder sich auf entsprechende Öffnungsklauseln zur Beamtenbesoldung verständigen werden.

Die rot-grüne Landesregierung werde dabei keinen Alleingang unternehmen und mindestens eine einheitliche Linie „jedenfalls mit den nord-deutschen Bundesländern“ an-

steuern. Stegner unterstrich, dass die geplanten Einschnitte „mit sozialen Komponenten“ versehen würden.

Der Minister kündigte für Mai zugleich einen Nachtragshaushalt an, in dem 86 Millionen Euro zusätzlicher Ausgaben finanziert werden müssten. 50 Millionen Euro davon will Stegner aus einer Rücklage decken.

Für die vom Landtag geplante Diätenneuregelung, die nach den bisher vorliegenden Berechnungen in diesem Jahr mit 700000 Euro zu Buche schlägt, müsse das Parlament eigene Finanzierungsvor-

schläge unterbreiten. Stegner schloss vor allem im Blick auf den Doppelhaushalt 2004/05 weitere Einschnitte in Förderprogramme nicht aus. Dabei werde es auch um die Einstellung von Programmen gehen.

Mit den Nachtrag will sich Stegner für zusätzliche Belastungen im Haushalt dieses Jahres rüsten. Schon vor der für Mai erwarteten Steuer-schätzung rechnet der Minister mit konjunkturbedingten Einnahmeausfällen von 32 Millionen Euro. Dies seien Schätzungen. Er wolle nicht auf die amtliche Mai-Schätzung warten, weil alle Progo-

sen zum möglichen Konjunkturverlauf und damit der möglichen Steuereinnahmen — auch unter dem Aspekt des Irak-Krieges — unseriös seien.

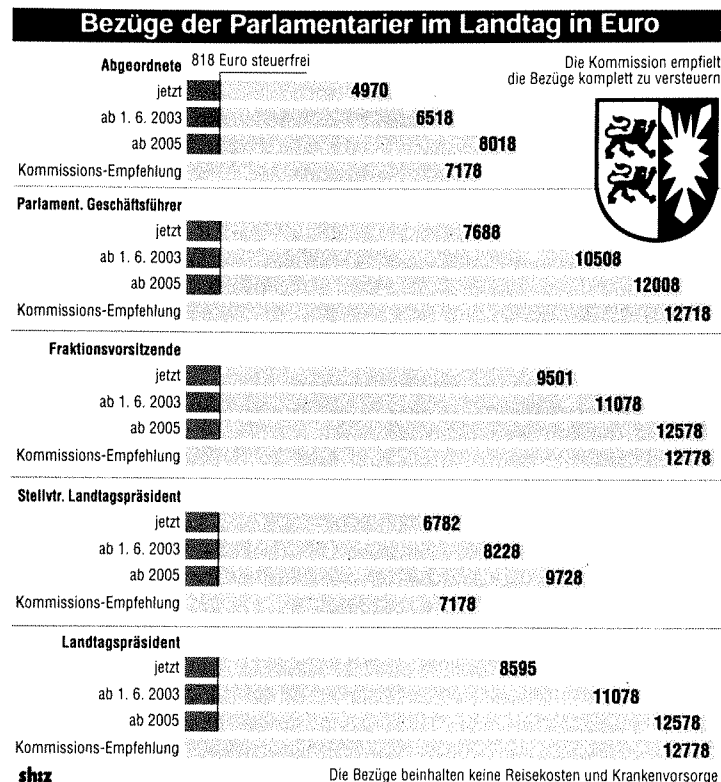
16 Millionen Euro muss das Land nachfinanzieren, weil das Steuervergünstigungsabbaugesetz im Bundesrat am Widerstand der Union gescheitert ist.

Zusätzliche Haushaltsprobleme ergäben sich unter anderem durch den Kauf von Pockenimpfstoff zum Schutz vor befürchteten Terroranschlägen sowie die bevorstehende Besoldungsanpassung (zwölf Millionen Euro).

- Das Letzte !

aus dem „Flensburger Tageblatt“ vom 2. April 2003 – also nicht **1. April !**

Gerechte Reform oder „MEGA-ABZOCKE“?



Kleine Nachhilfe für einen Großteil unserer - Damen und Herren - Landtagsabgeordneten !

SCHAM ? SCHAM ! SCHAM ? SCHAM ! SCHAM ?

Definition (aus Psychologie-Fachgebärdenlexikon) :

Bezeichnung für eine Gefühlsreaktion des Menschen, die häufig durch eine Verletzung der Intimsphäre ausgelöst wird, sich aber auch auf andere soziale Bereiche (z. B. Ansehen, Geltung, Erfolg) erstrecken kann.

Das Bewusstsein, durch bestimmte Handlungen oder Äußerungen **sozialen Normen nicht entsprochen** zu haben, ist die Grundlage der Scham.

Beispiele: **Missachtung von Anstandsregeln**, ungeschicktes Verhalten, tatsächliches oder vermeintliches Versagen usw. Das Schamgefühl kann sich in vegetativen Begleiterscheinungen äußern wie z. B. **Erröten**, Herzklopfen oder **Senken des Blicks**.

Bei neurotischen Hemmungen kann die Scham gesteigert sein, während sie bei Manien, Schizophrenien oder Drogenabhängigkeit vollständig abgebaut sein kann.

Schulleiterverband Schleswig Holstein
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27, 25462 Rellingen
DPAG, Postvertriebsstück

Druck:
Druck & Grafikstudio Menne GmbH, 23552 Lübeck

Gemeinsam mit uns Herausforderungen erkennen Aufgaben anpacken Probleme lösen

IMPRESSUM

Herausgeber und Verlag:
Schulleiterverband Schleswig Holstein e.V.
c/o Walter Rossow
Wacholderweg 27
25462 Rellingen

Verantwortlich:
Walter Rossow

Auflage:
700 Exemplare
(Für Mitglieder ist der Bezugspreis im Beitrag enthalten)

Erscheinungsweise:
vierteljährlich

Für namentlich
gekennzeichnete Beiträge ist
der/die Unterzeichnende verantwortlich

